

Oktober 1937
IV. Jahrg. • 10. Folge



Der Schulungsbrief

Das zentrale Monatsblatt der NSDAP. und DAF. (Hauptschulungsamt der NSDAP. und Schulungsamt der DAF.) Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter

Als aber nach dem großen Kriege das Haus Habsburg mit letzter Entschlossenheit daranging, das gefährliche Deutschtum der Doppelmonarchie (dessen innere Gesinnung nicht zweifelhaft sein konnte) langsam, aber unerbittlich auszurotten – denn dies mußte das Ende der Slawisierungspolitik sein –, da brannte der Widerstand des zum Ende bestimmten Volkes empor in einer Art, wie die deutsche Geschichte der neueren Zeit dies noch nicht kannte.

Zum ersten Male wurden national und patriotisch gesinnte Männer Rebellen.

Rebellen nicht gegen die Nation, auch nicht gegen den Staat an sich, sondern Rebellen gegen eine Art der Regierung, die ihrer Überzeugung nach zum Untergang des eigenen Volkstums führen mußte.

Der Führer („Mein Kampf“)

Heiligtum der Arbeit

Die Sorge der anderen und unser Kampf

„Enorm arbeiten, das ist die Grundlage alles Besser- und Glücklicherwerdens“
H. St. Chamberlain

Wochen liegen bereits zwischen dem Parteitag der Arbeit und dem Heute unserer täglichen Pflicht, der wir alljährlich am Parteitag eine totale Ausrichtung geben. Wir gewinnen den Abstand, der notwendig ist, um zurückblickend überragend Großes richtiger zu erfassen.

Man muß den Kampf der NSDAP. kennen, um den Namen des diesjährigen Parteitages ganz erfassen zu können. Als wir um die Macht kämpften, rangen wir um den Arbeiter. Die anderen verloren den Arbeiter, weil sie ihm die Arbeit nahmen und nicht erkannten oder wahrhaben wollten, daß Arbeit und Macht in entscheidender Beziehung zueinander stehen. Die Macht gewinnen ist nie das Schwerste, sie durch Arbeit schöpferisch behaupten zu können das allein Entscheidende.

Was anderen ein Fluch ist und eine Strafe bedeutet, über die sie „seufzten und schrien“ seit den fernsten Anfängen ihres völkischen Daseins, das ist von uns gefeiert und geheiligt worden. Nürnberg war eine dieses Jahr und unsere Zeit weit überdauernde Heiligsprechung der Arbeit, wie sie nie zuvor auf dieser Erde von Menschen ähnlich vollbracht wurde und nur von den besten Sehern unserer Zeit geahnt worden ist, wie etwa in Heinrich von Treitschkes Wort vom „Adel der Arbeit“^{*)}, oder in dem stolzen Wort Lagardes: „Da ist die Macht, wo die Arbeit ist!“ In der Tat, dieses völkischen Sehers Behauptung hat in Nürnberg ihre einzigartige Bestätigung gefunden. Hier fand das Zusammenstehen von Arbeit und Macht seinen höchsten Ausdruck.

Was anderen unter hunderterlei verschiedenen Namen in gleicher Weise Angst und Ratlosigkeit bereitet, weil man nicht wagte, in der Begegnung einer alten und einer neuen Welt Partei zu ergreifen, das löste in uns auf diesem Parteitag mehr als je zuvor den klar entschlossenen Willen zum Kampf aus, zum Weiterkämpfen — also zum Kämpfen in größeren Weiten. So kam in Nürnberg zum Ausdruck der in vier Jahren vom ganzen Volk gemeinsam zurückgelegte geistige Weg von der neuen Staatsanschauung zu einer neuen Weltbetrachtung. Der Führer hat nun

der Welt gezeigt, daß es uns nicht mehr allein um die eigenen inneren Sorgen geht, die wir mindestens so sehr wie jedes andere Volk auch haben, sondern daß wir stark genug sind, den uns seither vorenthaltenen Anteil an den Sorgen Europas zu übernehmen.

Was anderen Reichen heute die größte und immer ausschließlichere Lebensaufgabe ihrer Staaten scheint und ihnen in wachsendem Maße die Möglichkeit nimmt, von der alten Staatsanschauung zur zeitgerechten Weltbetrachtung zu kommen, die drückende Sorge um den Alltag ihrer Völker, das nimmt unserem Reiche die Partei als ihre Aufgabe von den Schultern. — Wohl ist es eine Lebensaufgabe der Partei, aber gerade deswegen nur noch eine Teilaufgabe des Reiches. Zwar eine sehr wichtige Aufgabe, aber eine nicht den Blick der Nation über die Grenzen des Reiches hinaus hemmende. In dieser Tatsache liegt die europäische Bedeutung des neuen Deutschlands verankert. Unser Volk trägt über allen Alltagsorgen Mann für Mann immer bewußter die vom Führer proklamierte und mit stolzer Bereitschaft aufgenommene europäische Verantwortung, wie sie, das darf hier ohne Überheblichkeit gesagt werden, kein anderes europäisches Volk trägt. Wir tragen sie ohne Dünkel, aber auch ohne Reiz auf die an dieser Verantwortung Beteiligten, nicht um eines patriotischen Prestiges willen, aber mit dem Recht der stärksten nationalen Leistung und Haltung in der Völkerrfamilie unseres Kontinents und aus der Pflicht unserer geopolitischen Lage sowie kraft der nationalpolitischen Mobilisierung der besten Kräfte Europas.

Was andere trennt und auseinanderführt, soziale Probleme, Standesfragen, Generationenfragen, konfessionelle Vorbehalte und Rechtsfragen der Geschlechter, das ist im Deutschland des Nationalsozialismus immer wieder, und nirgends stärker als in Nürnberg, Anreiz für die Vertiefung und Festigung einer leidenschaftlich erstrebten Volksgemeinschaft, die, wohlgemerkt, frei vom Kollektivebegriff herdenmäßigen Denkens, im Wettstreit einer stolzen Leistungsgemeinschaft der Generationen und der Geschlechter steht; es gibt keine

^{*)} Unfänglich der Rede Treitschkes zur Erinnerung an die Leipziger Völkerschlacht beim Dritten Deutschen Turnier in Leipzig am 5. August 1861.

Vorbehalte. — Das Vorbild der Partei, die von Rudolf Heß als die beste Kameradschaft der Welt bezeichnet wurde, hat Schule gemacht im gesamten Volk. Die Möglichkeiten noch engeren Zusammenschließens der Bewegung wurden auch gezeigt und mit ihrer Übergabe an die Bewußtseinsgemeinschaft der Parteitage-Teilnehmer der praktischen Gestaltung entgegengeführt. So bildet, um ein hervorragendes Beispiel zu nennen, die vom Reichsorganisationsleiter proklamierte Einheit der Hauptämter, Organisation, Schulung und Personal in ihrer Gemeinschaft mit dem ihnen angegliederten Apparat der DAF einen besonders kompakten Kern der Bewegung. Ebenso wird die enge Verbundenheit zwischen der NSB. und den NS-Frauenorganisationen immer segensreicher wirksam im Dienste einer positiven Nächstenliebe und Volkskameradschaft. Und wenn sich sofort nach dem Parteitag die Schulleiter der Partei und die Schulungsreferenten und -referentinnen sämtlicher Gliederungen zur einheitlichen Ausrichtung der Winterschulungsarbeit auf Erwählte zusammenfanden, so liegt in dieser Arbeitskameradschaft ebenfalls eine kraftvolle Bestätigung des bewußten Zusammenstrebens der gesamten Bewegungsarbeit.

Was andere wünschten und was Zeitungen als „Überraschung“ wittern wollten, ist beim Parteitag der Arbeit mit sensationslosem Schweigen übergegangen, jedoch nicht übersehen worden. Das Gefühl, größere Aufgaben zu haben, und der aus jedem Kongreßbericht und jedem Appell spürbare Segen des Höchsten, ließen keiner Dogmenfrage Raum. Das Marschtempo der Auslese des in unserer Weltanschauung mobilisierten Volkes ist durch Bekenntnisruinen, mögen sie auch noch so festgefügt erscheinen, nicht von den gegebenen Lebensnotwendigkeiten abzulenken, schon gar nicht bei den in Nürnberg versammelten „Hunderttausenden, die öfter als einmal nicht mehr unter dem Eindruck einer politischen Rundgebung, sondern im Vanne eines tiefen Gebetes standen“. Das Gros der Bewegung ist an dem alten Gemäuer vorbeimarschiert. Mit den Flankensicherungen und der Nachhut können sich die, die es angeht, nunmehr genau so stellen, wie es die Bewohner jedes anderen Durchmarschgeländes zu allen Kampfzeiten der Geschichte auch getan haben. So oder so. In Nürnbergs Nachbarstadt, dem ehrwürdigen Rothenburg im Taubertal, zeigt die Ende des 14. Jahrhunderts erbaute Schäfer- oder Sankt-Wolfgang-Kirche, ein mächtiger alter Wehrturmbau, der gleichzeitig Gotteshaus, Festung und Straßentor ist, wie sich solche Bauten in das Gemeinschaftsleben einfügen können, ohne Marschierende zu hemmen.

Was andere hofften, wurde enttäuscht. Die häßliche Propagandalüge von der „Saison-Bewegung Hitlers“ ist vernichtet. Wie nie zuvor ist auf dem Parteitag der Arbeit über eine stolze Jahresbilanz vorhandener Leistungen der Wille zum kompromißlosen Weitermarschieren in den Vordergrund fast aller Arbeitstagungen der Gliederungen und Ämter gestellt worden, indem die maßgeblichen Männer bei ihren allen Krisen-Theorien der „Herren Weltdemokraten“ hohnsprechenden Leistungsberichten des Jahres immer wieder betonten, erst am Anfang zu stehen, erst jetzt die volle Wirkungsmöglichkeit erkennen zu können und ihre Inangriffnahme nicht zu scheuen. Das begann bereits auf der Reichstagung der mächtig fortentwickelten Auslandsorganisation der NSDAF in Stuttgart mit der Proklamierung des Willens zur Erfassung aller im Ausland lebenden Reichsdeutschen und der Festigung ihrer Beziehungen zum Reich. Dort proklamierte der Chef der deutschen Polizei auch den erstmals systematisch begonnenen Kampf gegen das Laster der wider-natürlichen Unzucht. Die gleiche Entschlossenheit zum Ausgriff auf ein weiteres Arbeitsfeld war für den aufmerksamen Kon- greßteilnehmer in Nürnberg immer wieder zu spüren. Nur Beispiele können hier Platz finden, so etwa die eindeutige Kennzeichnung noch vorhandener Bürokratenkassernen und einzelner ehemaliger Freimaurernekster, wie überhaupt die Unerbittlichkeit gegenüber diesen Maulwürfen der Nation eindeutig festgestellt wurde, ferner die Fortführung der überraschend erfolgreichen Aufänge zur Entjudung der deutschen Außenhandelsvertretungen, die Wahrung der ursprünglichen Erziehungsaufgabe des Arbeitsdienstes sowie die Forderung ihrer Ausnahmlosigkeit und Vollendung in der weiblichen Arbeitsdienstpflicht, dann die Zuweisung der gesamten Lehrlingsausbildung an die Partei bzw. DAF. (Böring); die Forderung nach noch stärkerem Verantwortungsbewußtsein in der Rechtsprechung, die „im Stolz ihrer rechtlich gesicherten Unabhängigkeit“ (Reichsleiter Frank) wirken darf und die auch vom Reichsärzteführer hinsichtlich der Rassenforschung ebenso klare Ermunterungen erhielt, wie sie Hauptdienstleiter Wagner außerdem auch in der Weltendmachung einer von Dr. Ley bereits vor zwei Jahren proklamierten Neugestaltung des deutschen Sozialversicherungswezens verlautbaren ließ. Ebenso wären hier unter den nur aus Raumangel übergangenen ähnlich weiten Zielabgrenzungen der Bewegungs-Ämter noch als Beispiele zu nennen: die Proklamierung der Totalität der Partei in der Volkswohl-

fahrt und Fürsorgearbeit (Hilgenfeldt), wie überhaupt die Totalität im Gesundheitswesen zur Forderung der Partei gemacht wurde mit der gewiß nicht widerlegbaren Feststellung, daß „es nicht die Aufgabe eines Krankenhauses ist, die Menschen für den Himmel fertig zu machen“ (Stellv. Gauleiter Fr. Schmidt), die Kampfanlage gegen das Freistudententum (Dr. Scheel), die Schaffung von Kreismütterschulen in jedem Kreis (Reichsfrauenführerin Scholz-Klink), die Erweiterung der Kinderreichenhilfe und schließlich ihre totale staatliche Sicherung (Hauptdienstleiter Reinhardt) sowie die beachtliche Forderung nach immer moderneren Mitteln der Volkserziehung (Scholz-Klink), die sowohl in der hervorragenden Nürnberger Ausstellung „Einsatz der Frau“ wie auch in den Ausstellungen der N. O. in Stuttgart ganz vorbildlich gezeigt wurden und die große Liebe zur Arbeit am schaffenden Volk besonders klar erkennen ließen. Ebenso eindeutig erfolgte die Verwahrung gegen jeden Versuch, der Partei gegenüber „Selbstgeheuligkeiten der Wissenschaft“ geltend machen zu wollen. (Stellv. Gauleiter Fr. Schmidt). Es sind Forderungen, die neben vielen anderen nicht weniger starken Proklamationen die unwiderlegbaren Zeugnisse der ungeminderten Dynamik unserer herrlichen Bewegung sind.

Und immer wieder bildet das Programm der Arbeit den Kristallisationspunkt der Arbeit am Neuen. Nicht sein Wortlaut, aber sein Inhalt offenbart sich in den meisten Vorträgen ganz im Sinne jenes Appells zur Erinnerung an die alten programmatischen Grundsätze, den der Führer im Schlußkongreß 1936 an die Bewegung gerichtet hatte. Die Wahrung des vor 18 Jahren vom Führer gegebenen Programms war hener auch dort besonders fühlbar, wo nicht einzelne Programmpunkte so ausdrücklich genannt wurden, wie das etwa Reichsleiter Amann zum Programmpunkt 23 tat, indem er diesen charakterisierte als „Richtlinie und Kraftquelle“ oder wie es Reichsleiter Frank bezüglich des Programmpunktes 19 mit den Worten tat „eine einzig dastehende große Mission für den deutschen Rechtsstand“ oder Hauptamtsleiter Hilgenfeldt mit der Feststellung „in der Verwirklichung des Programmpunktes 21 die vornehmste Pflicht der NSB. zu sehen“.

Die Zentralstellung des Parteiprogramms hat sich neben der Persönlichkeit des Führers als dem wahrhaft ersten Arbeiter der Nation so fest in der Bewegung verankert, daß das Programm in der Gestaltung des Reiches offenbar stärker wird als alle noch gegebenen bzw. in den ersten Jahren der Machtübernahme durch die vorgefundenen Ver-

hältnisse bedingt gewesenen „höheren Gesichtspunkte“. In der Erkenntnis des unerbittlichen Verharrens bei den auf den ersten Parteitagen proklamierten Grundsätzen liegt wohl auch eine Begründung mehr für die Feststellung des Führers, daß die Reichsparteitage „nur unter sich selbst verglichen werden können“. Das Festhalten am Gestalten der alten Grundsätze der Partei und dann die hinzugekommene neue Proklamierung unserer europäischen Rechte hat alle alten Nationalsozialisten in diesem Jahre so besonders froh, ja, es darf gesagt werden, glücklich gemacht, weil das an „unseres Glaubens erstes Gebot, die kämpferische Treue“ (R. Hess) appellierte. Es hat auch vielen neuen Teilnehmern etwas mitgegeben von dem, was uns einst die ersten Parteitage an unbändigem Selbstvertrauen, Gläubigkeit und Härte geschenkt hatten. Der Parteitag der Arbeit hat so den unvergessenen, außergewöhnlichen Ernst der Führerproklamation von 1936 fortgeführt zu einem über alles bisher Erlebte herausragenden, unüberheblichen Stolz und Kraftbewußtsein.

Unendlich groß und leuchtend, wie die Strahlenfäden über dem Appell der 140000 Politischen Willensträger der neuen Nation, steht dieser Parteitag in der Geschichte Deutschlands und Europas, ein historisches Fanal über der schwarzen Ratlosigkeit beiseitegeschobener Vorurteile. Ein blühender Wegweiser nicht allein für unser Volk, sondern in dem gleichen Maße auch für alle in der Welt, die ein Erinnerungsvermögen an das vom Führer angesprochene beste völkische Erbgut ihrer Völker besitzen und sich nun ihrer völkischen Art entsprechend politisch ausrichten wollen auf die angebrochene Epoche der Wiedergeburt des nordischen Blutes.

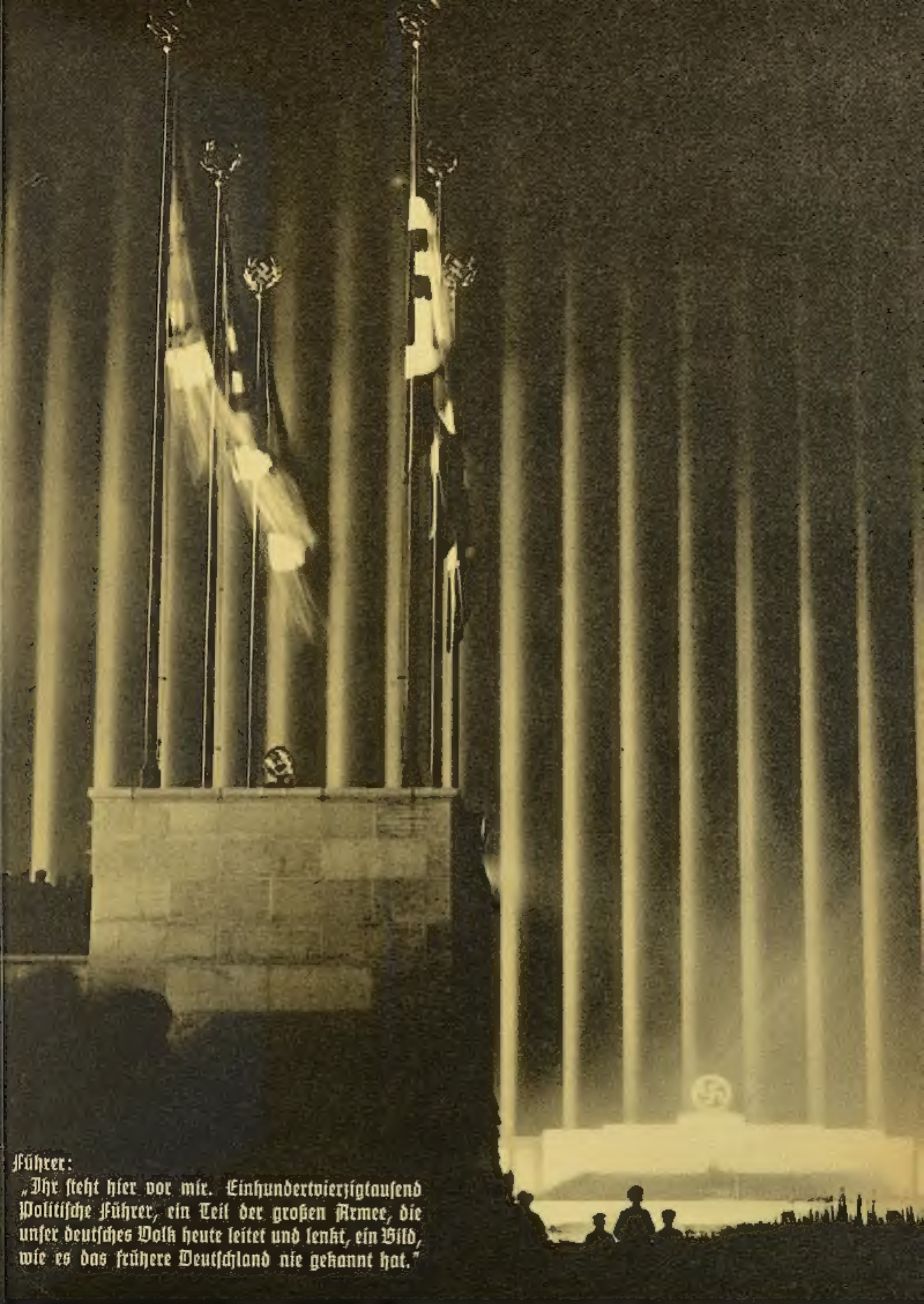
Es ist der Weg der Erziehung durch Arbeit, den die Partei beschritten hat, um die Mobilisierung aller Lebenskräfte der Nation zur geistigen Ausrichtung und körperlichen Gestaltung der Nationalkraft des Volkes zu erreichen. Der Weg wird um so leichter sein für alle, je stärker jeder von uns an sich und zu seinem Teil bemüht ist, die vom Führer geforderte Synthese zwischen Kraft, Schönheit und Geist im Alltag zu verwirklichen, das heißt für die Parteigenossenschaft als Minderheit an Zahl immer Mehrheit an Leistung und Sucht zu sein.

Zu nebenstehendem Bild:

Blick auf die am 10. 9. 37 vor dem Führer angetretenen 110 000 Politischen Leiter und 32 000 Fahnen der Bewegung unter der 8000 Meter hohen Strahlenwölbung des Lichtdomes über dem Zeppelin-feld.

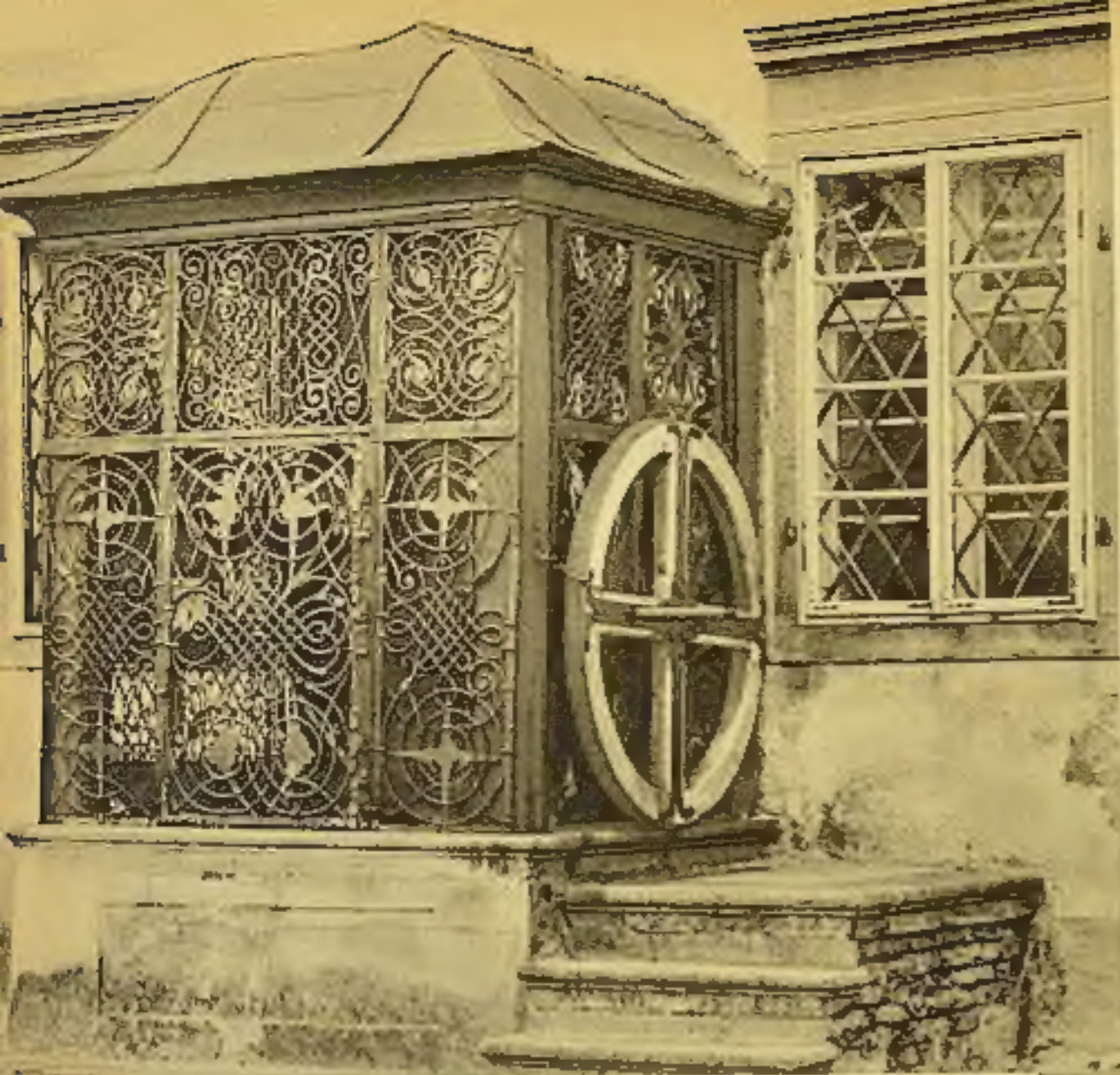
Es gibt nur wenige Bilder, die der Größe dieser Weihestunde gerecht zu werden vermochten.

Aufs. 1. Eichhorn



Handwritten text in the left margin, likely a library or archival note.

Führer:
„Ihr steht hier vor mir. Einhundertvierzigtausend
Politische Führer, ein Teil der großen Armee, die
unser deutsches Volk heute leitet und lenkt, ein Bild,
wie es das frühere Deutschland nie gekannt hat.“



Urdeutsches Volkstum im Donaugau und Alpenland

Brunnenhaus zu St. Florian

Gittertor, handgearbeitet an der Kapelle im Stephansdom zu Wien (1731)

Das erste Deutschlandsied Walthers v. d. Vogelweide (um 1200), Manessische Liederhandschrift

Is solt spreche wilkomen der mere bein
 get do bin ich alles do ic habent vromē.
 Das gar ein vint nu fange ich nach. ich
 wil mēte vñ vint min loy ich gut.
 ich sage kint de ip sanfte tut. seher wo
 man mit eren diere. 202
Ich wil turschen frowe sage solhu mere
 do si teste das alder wite soln behagen.
 ane grosse muere tun ich do zerichens
 lone sint si mit zehere so bin ich gefu
 ge vñ bitte si nitros mere. wan de samh
 müssen schone. 203
Tursche man sint wol gezogen als en
 gel sint du wid getan swet si schil
 der der us betrogen ich en kan sin andert
 niht vstan dogent vñ reut mine swet
 die sechen wil der sol komē in vnser
 lant da ist wūne vil lange mōsse ich le
 ben dar lant. 204
Ich han lant vil gesehen vñ nam d' be
 sten gerne war. uel mōsse mit geiche
 hen kint ich ie min kze bringe dar de
 me wolde wol gefallen. frōmder sitre
 was hulpe mich ob ich vntrehte strate in
 schu zohr gat vor in allen. 205
Von der elde vnt andent in vñ wid
 vnt in vnterlant so mugen wol d'
 besten sin die ich in der wite han lekat.
 kan ich schōwen gyt gelesse vñ den h
 tem mit got so swure ich wol de da du
 wib. besser sint danne and swa die frowe

Aufn.: Hist.
Bilderdienst,
Historia-Photo,
Dr. Stedler



Ir sult sprechen willekomen: / der [iu] mere bringet, daz
bin ich. / alles daz ir habent vernomen, / dast [= das
ist] gar ein wint: nu fraget mich. / ich wil [aber]
miete: / und wirt min lon icht guot, / ich sage lihte,
daz iu sanfte tuot. / sehet, was man mir eren biete.

Ich wil tiutschen vrouwen sagen / solhu mere, daz
si desten bas / al der werlte suln behagen: / ane
grosse miete tuon ich daz. / ze richeme [was wold' ich
zel lone? / sint si mir ze here: / so bin ich gesüge und
bitte si nihtes mere, / wan daz si mi grüssen schone.

Tiutsche man sint wol gezogen, / als engel sint
diu wib getan. / swer si schildet, der ist betrogen:
/ ich enkan sin anders niht verstan. / tugent und
reine minne, / swer die suochen wil, / der sol komen
in unser lant: da ist wunne vil. / lange müsse ich leben
dar inne.

Ich han lande vil gesehen / und nam der besten
gerne war: / übel müsse mir geschehen, / kunde
ich ie min herze bringen dar, / daz ime wolde wol
gefallen / frönder sitte. / was hulfe mich, ob ich
unrechte stritte? / tiuschiu zucht gat vor in allen.

Don der Elbe unz an den Rin / und wider unz
in Ungerlant / so mugen wol die besten sin, /
die ich in der werlte han bekant. / kan ich schouwen /
guot gelesse und den lib, / sem mir got, so swüre ich
wol, daz da diu wib / besser sint danne anderswa
die vrouwen.

Das erste Deutschlandlied — ein Deutmal unserer Sprache vor sieben Jahrhunderten
Walther von der Vogelweide Lied: „Holt mich froh willkommen heim“ in der
Strophenvolge der nebenstehend gezeigten Heidelberger (Manuskr.) Handschrift.

Volkstum

gegen

absburg

Oesterreichs Schicksal um 1900

Der deutsche Volkskampf im Habsburgerstaat.

Im Anfang war das Volk. Von dieser Grundwahrheit nationalsozialistischer Weltanschauung ausgehend, finden wir in der einzigartigen Entstehung und Entwicklung des Völkerstaates im Südosten eine Fülle völkischer und sozialer Erkenntnisse, die für Gegenwart und Zukunft der Nation von Wert und Bedeutung sind. Das alte Donauraich ist zerfallen und keine monarchistische oder sonstige deutschfeindliche Einkreisungskunst wird das aufgelöste Gebilde wieder zusammenbringen; aber seine über Raum und Zeit währende Bedeutung bestand nicht zum geringsten darin, daß in seinem staatlichen Rahmen sämtliche Probleme der nationalen Frage an sich theoretisch und praktisch empfunden, durchdacht und erprobt wurden. In keinem anderen Gebiet Europas stießen so viele Kulturen, die deutsche, mehrere slawische und romanische, unmittelbar aufeinander, wurden auf verschiedenen Grundlagen, teils in agrarischen, teils in industriellen Verhältnissen, bewußt entwickelt, suchten auf jeden noch teilnahmslosen Blutsengenossen ihre geistige und gefühlsmäßige Anziehungskraft auszuüben und hatten sich in einer verhältnismäßig kurzen geschichtlichen Zeitspanne als freigezimmerte Gemeinschaften im gemeinsamen Staate selbständig und widerstandsfähig auszubauen. Nirgends konnte ein millionenstarkes Grenzdeutschum so tief in die Seele seiner zeitweiligen natürlichen Gegner hineinblicken, die eigene und fremde rassistische Wesenheit und Entwicklung ergründen. Osterreich war das Laboratorium des meisten Wissens vom Volkstum, zugleich der Nährboden und Versuchsgarten systematischer Volk-

werdung, die vor unseren Augen aus geschichtslosen Stämmen handelnde Staatsvölker in neuen Lebensformen gemacht hat.

Ein weiterer Grund verstärkt bei jedem Nationalsozialisten das Interesse für den keineswegs abgeschlossenen Völkerkampf im Südosten. Wir leben über dynastische, außenpolitische und kriegerische Erzählung hinüber in lebensvolle deutsche Volksgeschichte. Das Ringen einer völkisch wehrhaften Arbeiterschaft zieht uns an. Sie entrollte frühzeitig die Fahne nationaler und sozialer Pflichterfüllung im Erhaltungskampfe der Nation. Deshalb stellen wir auch eine kurzgefasste geschichtliche Skizze dieser Bewegung in den Vordergrund unserer Darstellung.

Das große, bunte Reich, das sich von den kulturell hochstehenden sudetendeutschen Industriezentren in Nordböhmen bis zu den südslawischen Karstwästen an der Adria, vom Bodensee bis zum Übergang in den kulturlosen russischen Osten erstreckte, hatte eine lange, eigenartige Geschichte durchgemessen. Als kleine Ostmark des Deutschen Reiches 976 geschaffen, vergrößerten ihre Herrschergeschlechter den Länderbesitz im Laufe von fast sieben Jahrhunderten ohne kriegerische Eroberung durch vorsichtige Heirat und glückliche Erbschaft. Zu den Stammländern an der Donau kamen 1192 die Steiermark, 1335 Kärnten, 1363 Tirol, 1335 Krain, 1382 Triest, 1526 Böhmen, Mähren, Schlessien und Ungarn, 1691 Siebenbürgen, 1772 Galizien, 1775 die Bukowina, 1797 Dalmatien, 1805 Salzburg, 1878 Bosnien und die Herzegowina, um nur die wichtigsten Er-

werbungen anzuführen. Vor dem Weltkriege zählte Österreich-Ungarn rund 52 Millionen Einwohner und stellte ein Wirtschaftsgebiet dar, in dem sich Landwirtschaft und Industrie, Bodenschätze und Arbeitskraft befriedigend ergänzten.

Die politische Einrichtung der Monarchie war aus geschichtlichen Überlieferungen und nationalen Widersprüchen heraus so vielgestaltig und unbrauchbar geworden, daß selbst eine straffe Regierung und Verwaltung daran hätte scheitern müssen. Das Erbreich zerfiel in zwei gleichberechtigte Monarchien, Österreich und Ungarn, sowie die bosnischen Reichsländer. Jede Reichshälfte erhielt eine Volksvertretung, bestehend aus je zwei Kammern. Als fünftes Parlament bestanden die Delegationen, die aus den vier Häusern alljährlich gewählt wurden und die gemeinsame auswärtige Politik, Finanzen, Heer, Marine sowie die Reichsländer Bosnien und die Herzegowina zu betreiben hatten. Es gab eine gemeinsame Armee, eine österreichische und eine ungarische Landwehr, erstere mit deutscher, letztere mit magyarischer Dienstsprache. In der sich aus Kroatien ergänzenden Landwehr (Ungarn) bestand die kroatische Dienstsprache. Neben dem österreichischen und dem ungarischen Ministerium amtierte ein drittes, gemeinsames, für die Außenpolitik, die gemeinsamen Finanzen, Wehrmacht und Flotte sowie die Angelegenheiten Bosniens. An Kriegsmministern zählte man drei, je einen für die beiden Landwehren und einen für das gemeinsame Heer.

Zu dem Abgeordneten- und dem Magnatenhause in Ungarn kam ein kroatischer Landtag in Agram hinzu. In der österreichischen Hälfte der Monarchie aber stritten nicht weniger als siebenzehn Landtage — von Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Steiermark, Kärnten, Krain, Küstenland, Triest, Istrien, Dalmatien, Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien und der Bukowina — mit den zwei Wiener Parlamenten, dem Abgeordneten- und dem Herrenhause, um den gegenseitigen gesetzmäßigen Befehlsbereich. Da in jeder dieser Körperschaften nicht allein Parteien, sondern ganze Völkergruppen um Macht und Geltung rangen, nimmt es wohllich nicht wunder, daß der „kranke Mann“ an der Donau schließlich an

drei Regierungen,
fünf Parlamenten und
achtzehn Landtagen

sterben mußte.

Mit Joseph II. (1765–1790) war der einzige Habsburger dahingegangen, der eine vernünftig aufgebaute Gemeinde-, Kreis- und Zentralverwaltung unter Zugrundelegung der deutschen Staatsprache sowohl in Österreich wie in Ungarn angebahnt hatte. Allen seinen habsburgischen Nachfolgern dagegen lag die Gunst des bevorrechteten Adels, der Kirche und des Großgrundbesitzes näher als ein tragfähiger großer

Staatsgedanke. Solange eine absolute und allmächtige Bürokratie im Dienste der Hausmachtpolitik die Untertanen beherrschte, ruhte das Reich auf Geheiß und Bequemlichkeit. Als jedoch in den letzten Jahren radikale Parteien und revolutionäre Energien von Völkern in Land und Reich an den Verfassungen zu rütteln begannen, waren Sinn und Zweck des Völkerstaates in seiner alten Form verloren.

Will man die politischen, nationalen und kulturellen Kämpfe Österreich-Ungarns verfolgen, so darf

die absurde Organisation des Staates

nicht aus dem Auge gelassen werden. Sie allein erklärt uns, warum in den meisten der mit beschränkter Selbstverwaltung ausgestatteten Unterstaaten der österreichischen Reichshälfte, den sieben Kronländern, sich die verschiedensten Kampfzonen für größere und kleinere Volksteile ergaben: in Böhmen und Mähren führten Deutsche und Tschechen durch Jahrhunderte einen nie ruhenden Krieg um ihre Volksinteressen, in dem kleinen Kronland Schlesien standen Tschechen und Polen gegen Deutsche, in Steiermark und Kärnten Slowenen gegen die Deutschen, in Tirol Deutsche gegen Italiener; in Triest und den Küstenländern verbündeten sich wieder Deutsche und Italiener gegen die Slawen. Galizien war der Schauplatz schwerer Kämpfe zwischen Polen und Ruthenen oder Ukrainern, während im östlichsten Reichswinkel, der Bukowina, die Deutschen, Rumänen, Ukrainer, Polen und Juden abwechselnd politische Zweckbündnisse eingingingen.

In der ungarischen Reichshälfte, den „Ländern der heiligen ungarischen Krone“, führte seit 1867 der reiche magyarische Adel fast unabhängig von der Donau und ohne Rücksicht auf die Nationalitäten den Staat, der von rund 10 Millionen Magyaren, 3 Millionen Rumänen, 3 Millionen Kroaten und Serben, 2 Millionen Deutschen, 2 Millionen Slowaken und einer halben Million Ukrainern bevölkert war. Demnach standen hier den 10 Millionen Magyaren 10,5 Millionen Andersvölkische gegenüber, die mit Hilfe eines unerhörten Wahlsystems im Budapest Reichstage nahezu gänzlich um ihre Geltung gebracht wurden. Durch einseitige Besetzung zwang die magyarische Herrschaft den unterworfenen Nationalitäten in Schule und Amt die Staatsprache auf.

Den Süden beider Reichshälften einschließlich Bosniens und der Herzegowina erfüllten nahezu sieben Millionen Slowenen, Kroaten und Serben. Sie sollten nach stillen Absichten der habsburgischen Hausmachtpolitik einmal die Straße nach Saloniki eröffnen. Höflinge und Generalstähler erörterten den Gedanken des „Trialismus“, der aus einem deutschgeleiteten Österreich, dem magyarischen Ungarn und einem südslawischen Krongebiete bestehen sollte und die seit 1866 aus Deutschland und Italien ausgeschiedenen Habsburger auf dem

Balkan entschädigen wollte. Der Thronfolger Franz Ferdinand gedachte nach seiner Thronbesteigung die Kroaten zum dritten Staatsvolke zu machen und ihnen die Slowenen und Serben des Reiches in einem eigenen Staatsgebiete mit Agram als Hauptstadt — neben Österreich und Ungarn — zu unterstellen.

Für unsere folgende Darstellung der nationalen und sozialen Kämpfe des Deutschturns sind nur die Siedungsverhältnisse der österreichischen Reichshälfte von Bedeutung. Dieses Österreich, das erst nach Königgrätz 1866 den gesamtstaatlichen „Deutschen Bund“ verlassen hatte, umfaßte nach der Volkszählung vom Jahre 1910 rund 28 Millionen Einwohner, von denen auf die Deutschen fast zehn Millionen, die Tschechen 6,5, Polen 5, Ukrainer (Ruthenen) 3,5, Slowenen 1,2, Serben und Kroaten 0,8, Rumänen 0,3, Italiener und Ladinier 0,8 Millionen entfielen. Vier vollständig verschiedene, ja einander widerstrebende Kulturen stießen in Österreich-Ungarn aufeinander: die deutsche, die nie den Zusammenhang mit der gesamtdeutschen Bildung verloren und all deren Wandlungen und Schichtungen miterlebt hatte, ja in manchen Zeiten, wie denen der Minnesänger mit Walther von der Vogelweide oder in denen der Befreiungskriege und der politischen Dichter mit A. Grün als Wortführern leuchtend voranging; neben der deutschen gab es die romanische Kultur, die ihre Vertreter in Italienern, Ladinern und Rumänen hatte, also dreigespalten war, wobei die Italiener ebenfalls mit ihrem Mutterlande dauernd in geistiger Verbindung blieben, die slawische und magyarsche Volkskultur. Die slawische zerfiel sogar in sieben Zweige: in die der nordslawischen Tschechen, Polen, Slowaken und Ukrainer und die der südslawischen Kroaten, Slowenen und Serben. Die 10 Millionen Deutschen mußten sich der nationalen und wirtschaftlichen Begehrtheit von 18 Millionen Slawen und Romanen erwehren. Schon in der Steuerleistung bestand ein schreiendes Mißverhältnis, indem die 35 vom Hundert deutscher Staatsbevölkerung weit über 60 v. H. sämtlicher Steuerlasten zu tragen hatten. Nach streng sachlichen Untersuchungen bezahlte im Durchschnitt jeder Ukrainer nur 3,5 Kronen an direkter Steuer, jeder Südslawe 3,6, hingegen jeder Deutsche 22,4, im reindeutschen Niederösterreich sogar 42,6 Kronen. Über die Kulturunterschiede unter den acht Völkern berichtet die amtliche Statistik 1910: Im Alter von 21 – 40 Jahren konnten Männer lesen und schreiben: bei den Deutschen und den Tschechen 99 vom Hundert, den Italienern 94, den Slowenen 92, Polen 76, Kroaten und Serben 52, Ukrainern 49 und Rumänen 48 vom Hundert.

Es ist unbestreitbar, daß die Deutschen im alten Österreich für alle aufwärts strebenden slawischen und zum Teil auch für die romanischen Völker infolge der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetze

Das alte Österreich war mehr als ein anderer Staat gebunden an die Größe seiner Leistung. Hier fehlte ja das Fundament des Nationalstaates, der in der völkischen Grundlage immer noch eine Kraft der Erhaltung besitzt, wenn die Führung als solche auch noch so sehr versagt.“

Adolf Hitler in „Mein Kampf“

die schwersten Opfer zu bringen hatten. Dies traf auch in politischer Beziehung bei der Machtverteilung durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht zur Volksvertretung zu, die folgende Zusammensetzung aufwies: von 516 Mandaten waren 232 deutsch, 108 tschechisch, 83 polnisch, 37 südslawisch, 30 ukrainisch, 20 italienisch, 5 rumänisch und 1 jüdisch-national.

Wenn die 1918 staatlich selbständig gewordenen Tschechen, Polen und Südslawen nach langer kultureller und wirtschaftlicher Sättigung im österreichischen Staate deutscher Kultur und Wirtschaft das verlassene Vaterland als finsternen Kerker ihrer Freiheit hinstellten, muß die Gerechtigkeit der Geschichte auf ihren geradezu beispiellosen Aufstieg hinweisen, dessen sie sich besonders im letzten Jahrhundert innerhalb dieser Gemeinschaft erfreuen konnten. Aus eigener Kraft hätten sie die Stufe ihrer kulturellen Entwicklung im gleichen Zeitraum nie erreichen können. Man braucht kein Anwalt des zertrümmerten Völkerstaates zu sein — und wir haben als Deutsche aus seinem Bestande doch mehr Verlust als Gewinn gezogen —, um festzustellen, daß keinem nichtdeutschen Volke und keinem Völkspolter durch den freigebigen Habsburger-Staat die Wege seiner nationalen Zukunft verlegt worden sind. Im Gegenteil. Jahrzehntelang suchte die habsburgische Hausmachtpolitik in ständiger Angst vor dem deutschen Einheitsgedanken und in Verfolgung katbolischer Sonderziele¹⁾ die Versöhnung der Slawen mit Wien auf Kosten des Deutschturns dauernd zu befestigen.

Deutschgeleiteter Staat?

Bis zur Entfesselung der politischen Massenkräfte als Ergebnis der allgemeinen Schul- und Wehrpflicht, der Industrialisierung, der Pressefreiheit und des allgemeinen Wahlrechtes galt Österreich in der Außenwelt als deutschgeleiteter Staat. Jahrhundertlang war er im Heiligen Römischen Reiche deutscher Nation dynastisch führend gewesen, seine Sprache vermittelte dem Nichtdeutschen den Zutritt zu einer vorherrschenden Kultur Europas, während manche seiner Völkerschaften noch keine ausgebaute Schriftsprache ihr eigen nannten. Der Entdeutschungsprozeß machte infolge des Druckes von unten und des Entgegenkommens von oben rasche

¹⁾ Anmerkung: Ausspruch des Bischofs Niccolò von Triest: „Österreich wäre der unangenehmste Staat der Welt, wenn es nicht als katbolische Vormacht im Auftrag des Papsttums Mittel-Europa vor dem protestantischen Norden und dem gläubenslosen anglikanischen Westen verteidigte.“

Fortschritte. Zuletzt erhielten sich allein die obere Staatsverwaltung und die Armee. Sprache deutsch. Selbst dieser Zustand war aber von der Dauer des Privilegienwahrechtes abhängig. Bis 1901 entsendeten 5431 Grossgrundbesitzer 85 Abgeordnete, 556 Handelskammerleute 21, die 500 000 städtischen Steuerzahler 118, die 1 600 000 ländlichen nur 129 Abgeordnete in den Reichsrat, indessen über fünf Millionen Wähler einer allgemeinen Wählerklasse in die auch die bevorzugten der anderen Gruppen mit einbezogen waren, nur 72 Vertreter zu erwählen hatten. Der Kaiserliche Rat der slowakischen Bevölkerung trat erst 1907 durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht in politische Erscheinung.

Mit dem Eintritt der im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts national aufblühenden Slawen und Romanen in das politische Leben Österreichs wurden die Deutschen als bisheriges Staatsvolk schrittweise zurückgedrängt und mußten Abwehrstellungen beziehen, an denen die wilden Wogen fremdvölkischer Eroberungslust emporkrauschten. Von diesem Zeitpunkt an gerieten sie gefühlsmäßig in einen tragischen Widerspruch. Auch ihr Nationalbewusstsein hatte sich im täglichen Kampf, an dem die auf abwärts gerichteten Kräfte der Bevölkerung kräftiger entwickelt und hatte am liebsten dem unverlässlichen Staate den Rücken gekehrt. Unbehindert von Rücksichten auf ihn wäre die Bewegung als nicht anders forderndes Volk, wie die Völkler der anderen gezeigt, entschieden leichter und einträglicher gewesen. Dagegen bremsten aber die besorgten Deutschen in den höheren Rängen der Reichs- und Landesverwaltung, der Armee und Wirtschaft.

Die staatliche Verwaltung

Der österreichischen Reichshälfte fußte nicht vernunftgemäß auf irgendwelchen abgerundeten Volkerebenen, sondern auf historisch abgestorbenen Kronländern, Königreichen, Erzbischöflichen, Markgrafschaften, rein dynastischen Baronien, die als solche seit Jahrhunderten im habsburgischen Reiche keine Bedeutung waren. Durch diese Landereinteilung sahen sich jedoch die Nationalitäten, obneben nur Bruchstücke europäischer Großvölker wie Deutsche, Italiener, Polen, Ukrainer, zum zweiten Male zerrissen. Denn von den hiebzehn Kronländern waren nur fünf von einem einheitlichen Volkstum bebedelt, in den restlichen zwölf fanden sich bis zu fünf Völkerschaften nebeneinander. So waren z. B. die Deutschen als zahlenmäßige Mehrheit in Böhmen und Mähren den Tschechen gegenüber, die Tschechen dagegen den Deutschen in Schlesien. Die Polen beherrschten Millionen Ukrainer in Galizien, die Deutschen bebedelten Mehrheitsrechte über die Italiener in Tirol und über die Slowenen in Steiermark. Dafür waren die Italiener im Küstenlande und in Triest als Mehrheit gegenüber den Slowenen im Vorteil. So verursachten die überflüssigen Kronlandergrenzen zwed-

los neue nationale Reibungen, die in der Reichspolitik überhaupt nicht bebanden. Als politisches Musterbeispiel eines Landwens sei die Bukowina angeführt. Ihre Bevölkerung bestand aus fünf Völkerschaften. In der Hauptstadt Czernowitz, Sitz einer deutschen Universität, zählte man nach Sprachen: Deutsche und Juden 48 vom Hundert, Ukrainer 18 v. H., Polen 17 v. H., Rumänen 16 vom Hundert. Nach Konfessionen: Juden 33, Griechisch-Katholiken 27, Griechisch-Orientalische 24, Griechisch-Katholische 11, deutsche Protestanten 5 v. Hundert. Ein Spiegelbild Österreichs!

Die bloße Auflistung der habsburgischen Gegenseite in den Kronländern, umlumpt von zwölf Völkern, unzählbaren Parteien mit 1350 Landtagsabgeordneten, gibt eine Vorstellung der anhaltenden Verwirrung. Und trotzdem fand die Abschaffung der „historisch-politischen Individualitäten“, wie die Länder von den Slawen kieblosend gekauft wurden, in keinem nationalen Lager eindeutige Zustimmung, denn man wollte die Landesherrschaft nirgends aufgeben.

Hinter den Kulissen der Unentscheidbarkeit des antequarischen Königreiches Böhmen verbanden die Tschechen ihre zeitlich über Österreich hinauszielenden staatsrechtlichen Forderungen. Seit Beginn des neunten Jahrhunderts stand Böhmen mit seinen Nebenländern Mähren und Schlesien unter der Oberbeheit des Deutschen Reiches. Nach der Niederwerfung des letzten von den böhmischen Ständen gewählten Königs 1620 durch ein habsburgisches Heer sagte es der Sieger als Erbland seiner Hausmacht zu. An diese Niederlage knüpften die Tschechen ihre Ansprüche auf die unversehrte Wiederherstellung des Königreiches. Aus diesem Grunde setzten sie auch der leicht durchzubeharen völkischen Zerteilung des Landes in ein durchaus lebensfähiges Deutschböhmen mit 2,5 Millionen und ein tschechisches Gebiet mit 4,2 Millionen Einwohnern schärften Widerstand entgegen. In Steiermark (983 000 Deutsche, 410 000 Slowenen) und in Tirol (525 000 Deutsche, 386 000 Italiener) lebten dagegen die deutschen Mehrheiten den Rückzug vor der slowenischen und italienischen Terredenta ab. Da schließlich Adel, Großgrundbesitz und die begüterte Kirche in der rückschreitenden Landespolitik alterstarrane Privilegien und gewichtige Entscheidungen auf Reichsstraßen innehatten, lebte auch der konservative Kaiser in Wien vor radikalen Lösungen zurück. Die aufstrebenden Nationalitäten zurück.

Der Stillstand in der Staatsorganisation kam die Leidenschaften des völkischen Lebens so lange auf, bis alle Dämme bersten mußten. Aus der jahrzehntelangen Unentscheidbarkeit der Krone gegenüber den österreichischen und den damit eng zusammenhängenden sudoslawischen Völkerbewegungen entwickelten sich so gewaltige Konflikte, daß der fromme Wunsch aller Nationslosen, der Dynastie, des Adels, des Klerus und auch der Sozialdemokratie nach einer „Erneuerung“ des

Reiches ohne Umsturz des geschichtlich Gewordenen zu spät kam. Für

das Deutschtum Österreichs

blieb nur das seit 1879 bestehende Militärrecht des Österreich-Deutschland und die Erhaltung dieser gesamtdeutschen Wehrkraft ein gewisser Halt und ein nationales Vermächtnis der Geschichte. Immer drückender aber wurde die Bejahung eines Staates empfunden, der nicht der eigene war, sondern von einander entzweiten Volksstämmen umkämpft und als Werkzeug für deren unabweisbar reichsfeindliche Politik in Anspruch genommen wurde. Diesen verderblichen Antrieben gab die schwankende Haltung der Dynastie immer neue Nahrung, beschleunigte so die ausgesprochenen Nachschärfen der Slawen und schließlich den Zerfall des Völkerraates in gegebener Stunde.

Das Erwachen der Völker

Seit 1848 war auch in Österreich nach dem Vorflaute mehrerer Verfassungen und mit kurzen absolutistischen Unterbrechungen die politische Macht zwischen der Krone und den Völkern aufgeteilt. Aber nahezu ein halbes Jahrhundert blieb weiterhin auf Grund des kräftigsten Privilegienwahlrechtes und gesellschaftlichen Einflusses neben der vollständig verantwortungslosen Dynastie eine Herrschaft von gesinnungslosem Adel, der Klerikal und dem mit beiden verbundenen Judenkapital in unverminderter Geltung. In der Wien gab es keine Großstadt mit dem Gepräge einer solchen, und das Kleinbürgertum erreichte bis in die neunziger Jahre keine erhebliche politische Bedeutung. Ein freier, selbstbewusster Bauernstand wuchs nach der Aufhebung von Zehent und Leibeigenschaft (Zwangsarbeit) im Jahre 1848 nur langsam heran.

Das Aufkommen industrieller Erzeugung vollzog sich von 1870 bis 1880 an in stärkerem Umfang. 1867 bis 1873 wurden 434 Banken, 63 Baugesellschaften, 38 Industrie- und 29 Eisenbahnunternehmungen gegründet. Fabriken, Handel und Verkehr bereicherten auch ein deutsches Großbürgertum, dessen geistiger und politischer Ausdruck der kapitalistische Liberalismus war. Er schuf die freiheitlichen Staatsgrundgesetze und führte die Reichspolitik im österreichischen Parlamente durch nahezu drei Jahrzehnte.

Das schrittweise demokratisierte und industrialisierte Reich wurde der Boden, auf dem sich alle Völker in ihrer Eigenart zu entfalten begannen. Von den Slawen am kräftigsten

die Tschechen.

Nach dem Untergang des böhmischen Wahl-Königtums im Jahre 1620 war die tschechische Sprache nach und nach zu einer Bauernsprache herabgesunken. Sie war zu Ende des achtzehnten Jahr-

hunderts nahe am Verlöschen, obwohl der zweite Ferdinand von Habsburg in seinem Eifer für Rom nach der Unterwerfung der böhmischen Protestanten in der „verneuertem Landesordnung“ 1627 „in Anbetracht der beständigen Treue derjenigen Bewohner des Königreichs Böhmen, welche lieber ihr Vaterland verlassen als dem Kaiser zuwider sein wollen“, den katholisch verbliebenen Tschechen die Gleichberechtigung ihrer Sprache mit der deutschen zugesichert hatte (1). Der Bildungshungrige aus dem kleinen Volke mußte mit erborgten Mitteln in der ihn umgebenden deutschen Kulturwelt gerätig fortleben. Doch das gefühlsmäßig politische Erbe lebte auch unter dem Mantel der Fremdsprache fort. Es entstanden im ersten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts Huter der Volkssprache, Dichter und Geschichtsschreiber, denen bei ihrem zielbedachten Aufbau und der Pflege ursprünglicher Volkskultur die allgemeine Erweiterung des Schulwesens, die Vermehrung der Zeitungen, die Ausbildung in der Armee und ein steigendes Selbstbewußtsein in den breiten Massen des Volkes zu Hilfe kamen. Mit andächtiger Verehrung wurden Erinnerungen der Vergangenheit und phantastisch verbrauchte Legenden des Tschedenentums gelesen, der lebende Deutschentum der habsburgischen Vorfahren sowie die Großentum des Slawentums in die Seele aufgenommen. Ein besonderer Eiferer, Janak, schreie auch nicht davor zurück, um das hohe Alter der tschechischen Kultur zu erweisen, eine gefälschte Handschrift aus dem Mittelalter zu verfälschen, die Königinhofer Handschrift. Durch das ganze tschechische Volk bis in seine tiefsten Tiefen drang ein neuer Geist altslawischer Eroberungsgelüste, der sich allerdings unter politischen und wirtschaftlichen Lasten wie die deutliche Überlegenheit und Größe beugen mußte. Er trat doppelt in Erscheinung: jeder Tscheche klagte schmerzhaft über seine nationale Unterdrückung und war in seinen nationalen Ansprüchen brutal und grenzenlos. Dieser Brandung tschechischen Wutens wie sich auch innerhalb der Arbeiterbewegung Österreichs. Dem letzten tschechischen Proletariat galt der Aufstieg seiner Nation tausendmal mehr als jeder persönliche Vorteil.

Die Gefühlslosigkeit des tschechischen Volkswillens bestand auf allen Gebieten seiner Gemeinschaft geradezu ohne Gleichen. Sie war das Ergebnis einer durchdringenden politisch-nationalen Volkserziehung und volklichen Schulung. Aus allen Fenstern seines engen Hauses blickte der Tscheche in das erdrückend große Leben des Deutschtums, dessen Zeugnisse sämtliche Stadteinrichtungen Böhmens und Mährens gleich den stolzen Bäumen des „goldenen Prag“ bildeten und dessen millionenstarke judendeutsche Volksarmee das Tschedenentum von drei Seiten her in das Innere Böhmens zurückdrängten. Ein verzehrender Haß gegen alles

Deutsche erfüllte das ehrgeizige Tschedenium, gleichzeitig eine abergläubische Hoffnung auf die Bruderschaft aller slawischen Stämme und die sichere Macht Rußlands an den Bruden in ein großslawisches Zukunftsreich.

Diesem Beispiele folgten auch die Polen.

Im weitem Machtbereich Galizien standen sie mit 4,5 Millionen Kopien den 3,2 Millionen Ruthenen oder Ukrainern mit offenen nationalen Ausrottungsplänen entschlossen gegenüber. Die Polonisierung wurde wie die planmäßige Tschedenisierung drinnen begonnen.

Im Süden Österreichs vollzog sich die nationale Auferstehung der 1,2 Millionen bauerlichen

Slowenen

binnen wenigen Jahrzehnten geradezu als geschichtliches Musterbeispiel einer Volkwerdung von der Festlegung der Grammatik bis zu staatspolitischen Ansprüchen

Wir sehen alle slawischen und romanischen Volkerschaften Österreichs volkisch und politisch aufzuwachen



Der Staat Österreich ließ dergestalt seine Volkster seinen Lebenszweck nicht mehr erkennen, und die Weisheit seiner Leitung beschränkte sich darauf, in Vesebüchern aller Volksschulen von dynastischer Güte und der glorreichen Vergangenheit rubrifelte Geschichten zu erzählen. Für das Leben hatte er keinen Blick. Daher formierte sich außerhalb der staatlichen Gesetze, in denen kein Buchstabe ein praktisches nationales Recht behandelte, jedes Volk als Selbstschußverband und gebietende Körperschaft, deren ungelesene Gesetze und Gebote auf den einzelnen stärker wirkten als eine behördliche Drogen mit Polizei und Strafe. Jedes Volk betrachtete den Siedlungsboden mit Menschen, Naturkräften, Eisenbahnen, Industrieten und Ämtern als sein geheiligtes Eigentum, das vom Volksgenossen ohne, aber auch gegen den Staat und dessen Selbstherrlichkeit zu verteidigen war. Immer kraft- und willenlos ergab sich der österreichische Zentralismus den nationalen Forderungen der Unzufriedenen bis zum tränenlosen Auseinandergehen im Jahre 1918.

Dagegen zeigte sich das politische Denken des Deutschtums in volkischen Belangen von rein staatlichen Sorgen und Problemen nicht scharf genug getrennt. Den vielfältigen, immerfort veränderten Staatsfragen war mit einer volksverständlichen allgemeinen Formel nicht beizukommen. In der österreichischen Reichshälfte lebten ganze Nationen, wie Tschechen und Slowenen, in Ungarn die Magyaren, Slowaken und Kroaten. Daraus leiteten dienstbeflügelte Hof- und Geschichtsschreiber den Sinn des Staates dahingehend ab, daß er den

kleinen Völkern die Selbständigkeit zu gewährleisten und dazu die Zusammenhänge mit den großen Nationen Europas aufrechtzuerhalten habe. Merkwürdigerweise waren es aber gerade die unslawischen Tschechen und Magyaren, die von der unslawischen staatlichen Gemeinsamkeit für die Zukunft nichts wissen wollten. Auch Slowaken, Slowenen und Kroaten tauschten bekanntlich nach Absehung der kaiserlichen Uniform im Jahre 1918 gerne ihre Staatsangehörigkeit. Als nur zeitlich losgerissene Volksteile dagegen betrachteten sich Deutsche, Polen, Ukrainer, Rumänen, Serben und Italiener. Ihre Hauptvölker wohnten nur an der Peripherie. Der blasse Kreidekreis dynastischer Weisheit konnte den Kreislauf des Blutes in keinem Volkskörper unterbinden. Parteiliche Gesinnungs- und Gefühlsösterreicher fanden sich nur im russisch mehrfach gekreuzten Adel, aus aller Herren Länder stammend, im Offiziersstand und in der höheren Beamtenenschaft, wie denn die Prädikate einer österreichischen Nationalität nach „Denaturierung“ des deutschen Volkstums stets die letzte Weisheit der habsburgisch-herzoglichen Staatsmacht war. So schmale, dünne Sandstein lieferten jedoch nur unzulängliche Klammern für einen Zusammenhalt von 12 auseinanderlebenden Völkern.

Die Unfähigkeit der Habsburger.

Mit dem Anbruch der neuen Zeit, die jeden Staat Europas neue Entwicklungsziele vorschrieb, wurde es in der Wiener Hofburg nicht heller. Kaiser Franz Joseph betraute 68 Jahre lang keinen Thron. Durch Jahrzehnte kämpfte er hartnäckig gegen das Mitbestimmungsrecht seiner Völker in Staatsfragen, um nach der unumgänglichen Einführung bürgerlicher Freiheiten die beruhmt gewordene Methode des politischen „Fortwurstelns“ dreißig Jahre hindurch bis zum besiegelten Ende seines Hauses fortzusetzen. In diesem langen Abschnitte österreichischer Entwicklung förderte keine innere Krise und keine äußere Katastrophe ein ernstes Programm der landesväterlichen Oberhoheit für die brennenden Völkerfragen Österreichs und Ungarns (utage. Man besänftigte ferwils die Magyaren, Slawen und Italiener, vertrostete das eintzig staatserbaltende Deutschtum und spielte durch besetzte Regierungen abwechselnd eine Nationalität gegen die andere aus.

Der politischen Unfähigkeit der Dynastie entsprach andererseits die nie klar erkennbar gereizte Haltung der Slawen, zu deren geschulten Vorkämpfern die Tschechen zählten. Diese begannen ihre Politik mit der wehleidigen Forderung nach sprachlicher „Gleichberechtigung“. Ohne eine nationale Bestimmung mußte nämlich die deutsche Volkssprache in Zentralverwaltung, Verkehr und Wehrmacht eine selbstverständliche Überlegenheit innehaben, aus dem einfachen Grunde, weil es eine andere brauchbare Verständigung unter den zu

lanunenhanglosen Kleinsprachen der Monarchie nicht gab. Noch im Frühling des Jahres 1848 standen die Tschechen auf dem Standpunkte einer rationalen Selbstverwaltung der einzelnen Volksschichten. Die Jungtschechen aber beanspruchten im „böhmisches Staatsrecht“ die staatliche Unabhängigkeit der drei Länder der Wenzelskrone, Böhmen, Mähren, Schlesien, gleich der Stellung Ungarns im Reich, mit taate

Die einzige Möglichkeit für eine praktische vollstän- dige Organisation des Reiches hatte in der allge- meinen, volkswesen, siedlungsmachtigen, nationa- len Autonomie ohne bürokratische Verhältnisse be- standen. Im Sturmjahre 1848 wurde diese Forder- ung auch von deutscher Seite erhoben, fand jedoch aus den früher angeführten Gründen bei den maß- gebenden Tschechen und Polen keinerlei Gegenliebe. In Wahrheit identierte die notwendige nationale Abgrenzung für die vollstän- dige Selbstverwaltung in den heimischen Absichten der meisten Slawen, durch ihre wachsenden Arbeiterkolonien in deutschen Indu- striegegenden dem Deutschtum fortgesetzt Velleitoden abzurufen

Stärker als jeder Wunsch zum gesicherten vollstän- digen Leben mußte immer die Volkszahl sein. Sie war der Stundenzeiger des Endabschlusses. Der amt- lichen Statistik konnte man nur sprachliche, also un- zureichende Ziffern über die Zu- oder Abnahme der Nationalitäten entnehmen. Danach vermehrten sich in dem Jahrzehnt 1901/10 die Deutschen um 8,5 vom Hundert, die Tschechen um 8,07, die Polen um 10,64, Kroaten und Serben um 10,11, Rumänen um 19,2 vom Hundert. Der empfindlichste Abstand der vollstän- digen Fronten lag immer bei den zu er- obernden oder zu verteidigenden Volkseinseln im fremden Lebensraum. Sie waren nur ein geringer Bruchteil der eigenen Gesamt-Volkszahl, aber ihre Kämpfe, Forderungen und Geschicke blieben allen Volksgenossen das anfeuernde Symbol. An den durch Jahrhunderte verharteten natürlichen Sied- lungsgrenzen zweier Völker trat kaum in langen Abständen eine Verschiebung um ein paar Dörfer oder Kleinstädte ein, denn die Ausläufer zehrten doch unmittelbar von ihrem Volkstörper. Anders lagen die Dinge für die Inseln im fremden Lande. Deren Freuden und Leiden bewegten das vollstän- dige Denken und Hoffen der Hauptmasse dahern, beem- pfehten die Nationalpolitik in allen grundsätzlichen Fragen und erüllten Augenblicken mitunter sehr nach- teilig. Kein Muttervolk wollte seine taxiert ringen- den Kinder aufgeben, doch geriet sein Staatspro- gram durch die fortwährenden Rücksichten auf grundverschiedene Verhältnisse der Inseln in jähren- de Kompromisse und Schwankungen. Von den 28 Millionen Bewohnern Österreichs standen nur einige Hunderttausend un- mittelbar im ständigen Trommelfeuer des nationalen Kampfes, aber die Millionen hinter ihnen machten Angriff oder Ver-

teidigung ihrer Vortruppen zur eigenen Sache.

Das Deutschtum Österreichs berand sich mit den alten Stätten seiner Kulturarbeit aus vergangenen Zeiten planmäßiger Kolonisation (Stadtgründun- gen, Verabau, Bauernsiedlungen)

überall in Verteidigungsstellung.

Alle Industrie- und Stadtkultur hatte Genera- tionen verbraucht, die kräftigende Blutzufuhr aus gesundem Bauerntum reichte nicht mehr aus. Dagegen verfügten vor allem Tschechen und Polen über archeinend unerschöpfliche Reserven aus unrigen Agrarländern und nahmen für dieses Über- angebot an ungelehrten Arbeitskräften auch schwere mindereentlohnende Handarbeit in deutschen Unterne- hmungen (Verabau, Eisen-, Bau-, Textilindustrie) wenigstens als Durchgang hin. Dem arbeitssuchen- den Tschechen folgte der Lehrer, Kaufmann, Rechts- anwalt u.s. Im Handwerk deutscher Kleinstädte erlernte der vereinzelt fremde Neuling bald die Umgangssprache, suchte seine Kinder in die allein vorhandenen deutschen Schulen, suchte Geselligkeit und suchte mit längerer Selbsttätigkeit sehr oft sein ursprüngliches volkstümliches Bekenntnis ein. Das gruppenweise in deutsche Großbetriebe einge- stellte fremde Massenproletariat benötigte aber nicht unbedingt deutsche Sprachkenntnisse, lebte viel- fach in Werkwohnungen, Sammelquartieren und Haufengruppen kulturell abgeschlossen, dem deutschen Muttervolk feindlich gesinnt, und trug im Zeichen des Liberalismus das Recht seiner Zahl in Forder- ungen aus, die von der Zweisprachigkeit des Lohn- zettels, der Fabrikordnung, Krankenkasse, städtischer und staatlicher Ämter bis zur Errichtung eigener Schulen, ja Universitäten, neuer Wohnbauten, Krankenhäuser, der Einräumung von Eichen in der Stadtvertretung und anderen öffentlichen Körper- schaften reichten. Das Werden solcher Minder- heiten in früher rein deutschen Orten und Gegenden rollte eine endlose Kette von nationalen, rechtlichen und wirtschaftlichen Sorgen für das bodenständige Deutschtum auf, die natürlich in der Landes- und Reichspolitik den Niederschlag fanden.

Alles aus dem Geisud der Minderheiten wurde in Gefühls- und Machtfragen der Nationali- täten und darum für den Verwaltungsbeamten, den Richter, Gesetzgeber und Staatsmann einfach un- lesbar. Selbst kulturell noch so befriedete Volks- gemeinschaften entzündeten an ihren verschwindend kleinen Inselproblemen die politischen Leidenschaften. Wir stehen da, so unwahrscheinlich es dem außenstehenden Beobachter scheinen mag, am Eis der Todeskrankheit des kulti- samen Reiches. Auf der Wanderung zum volks- staatlichen Endziel, das keine einzige der 12 Natio- nen innerhalb des Staates Österreich suchte, gaben die Erfahrungen mit siegreichen, unterachenden oder gewaltmäßig unterdrückten Minderheiten oft die

politischen Wege an Slawen und Romanen klärten die Bedingungen für eine augenblickliche regierungstreue oder oppositionelle Haltung im Parlamenten in die Wahlformeln ihrer politischen Vertretungen und erreichten damit schließlich immer neue Errungenschaften für ihr Volksganze. Dadurch erklärten sich auch viele im Auslande nicht anerkannte Zwischensätze der großen österreichischen Auseinandersetzung. Alljährliche Straßentumulte der Prager Tschechen gegen die 3000 Studenten der dortigen deutschen Hochschulen, slowenische Parallellassen an einem deutschen Gymnasium, ukrainische und italienische Universitätsfragen, anscheinend nebensächliche Sprachenvorschriften für Beamte, derlei Angelegenheiten führten wiederholt Ministerien, veranlaßten hunderte Protestversammlungen von Eger bis Triest, von Venedig bis Cernowiz und führten mitunter zu förmlichen Aufständen, daß Kavallerie- und Infanterieregimenter gegen die Rebellen in Bewegung gesetzt werden mußten, wobei immer tschechische Truppen gegen die Deutschen, deutsche gegen die Polen, polnische gegen die Italiener usw. eingesetzt wurden. (Siehe mittlere Bildseiten! Schriftl.)

Ein deutscher Kämpfer.

Aus der kurzen, unklaren Revolution von 1848 war der Liberalismus zur politischen Führung der Deutschen Österreichs emporgestiegen. Der deut-

schen Nationalversammlung zu Frankfurt am Main gehörten deutsche Abgeordnete Österreichs - die Tschechen lehnten jede Wahlbeteiligung und die Anerkennung Frankfurts ab - sowohl der großdeutschen wie der kleindeutschen Richtung an. - Es kam die zweite schwere Prüfung Königgrätz 1866, die Trennung Österreichs vom übrigen Deutschland und damit für zehn Millionen Deutsche das drohende Verhängnis des slavisch-kerikalischen Völkerslaates. Noch hielt der weltbürgerliche Liberalismus als größte deutsche Partei am Grund des wirtschaftlich abgestuften Wahlrechtes die wichtigsten Entscheidungen durch seine Parlamentsmehrheit in Händen. Aber die liberale Presse- und Börsenherrschaft ohne Programm entfremdete die ehrlich arbeitenden Stände in den siebziger und achtziger Jahren der liberalen Führung.

In dieser Lage trat Georg N. v. Schönerer (1842 - 1921) als freier Kämpfer in die deutsch-österreichische Öffentlichkeit. (Im Schulungsbrief 5/57 ist ihm die verdiente Anerkennung zuteil geworden.) 1873 wurde der 31jährige Schönerer in das Abgeordnetenhaus gewählt. Mutig und rücksichtslos setzte er sich für die reinen Belange des Deutschentums ein und eröffnete mit wenigen Meinungsgenossen den schärfsten Kampf gegen den Liberalismus, die jüdische Kasinobourgeoisie, den Klerikalismus und die undeutsche Politik der Dynastie. Das Fortschreiten Schönerers durch die feile Presse reichte nicht hin, die befreiende Wirkung seiner Bedenken in der deutschen Jugend und den



breiteren Volksschichten hinfanzuhalten. Soweit es Rede- und Pressefreiheit erlaubten, brach Schönerer offen mit jener „patriotischen“ deutschen Ergebenheitspolitik, die sich auf den dunklen Linien der Habsburger bewegte, und forderte die Rückkehr der deutsch-österreichischen Bundesländer – unter staatlicher Sonderstellung Galiziens, der Bukowina und Dalmatiens – in ein gesamtdeutsches Reich. Es war die Fortsetzung des großdeutschen Kampfes, für den in den Tagen der Frankfurter Nationalversammlung und später die besten Geister gerungen und gesungen. Ein leuchtendes Lebensziel gemaß d. d. Deutschführenden wieder voran. Für die innere Befreiung des Volkes stellte Schönerer 1879 den Grundsatz auf, daß „den bisher bevorzugt gewesenen Interessen des beweglichen Kapitals und der bisherigen semitischen Herrschaft des Geldes und der Phrase die Interessen des Grundbesitzes und der produktiven Hände sowie die Kräfte und Rechte der ehrlichen Arbeit in Zukunft mit Entschiedenheit entgegenzustellen und zu fördern seien“.

Am 10. Dezember 1880 unterbreitete Schönerer dem Abgeordnetenhaus den ersten Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, das jedem Staatsbürger nach Vollendung des 24. Lebensjahres zustehen sollte. Im gleichen Jahre veröffentlichte Schönerer das „Linzer Programm“ der deutschnationalen^{*)} Forderungen an den Staat und die Zukunft. Es erinnerte den Kampf um die nationalstaatliche Einigung, den Schutz heimischer Arbeit, soziale Reformen, obligatorische Arbeitergewerkschaften, die Schaffung eines Volkswirtschaftsrates, die Unabhängigkeit des Staates von den Weltmächten, Forderungen, die zum Teil heute, nach einem halben Jahrhundert, das politische Denken des deutschen Volkes noch immer bestimmen.

Besonders schwer lastete auf der deutsch-österreichischen Bevölkerung der geistige Druck der politisierenden römischen Klerisei. Sie verleugnete oft ihre deutsche Abstammung bis zur Preisgabe des eigenen Volkseins. Dieser von Rom aus bestimmte Klerikalismus hatte am kaiserlichen Hof seine Vorkammer, in Adelstreffen seine Jesuiten, in der Beamtenschaft seine Protektionkinder, im Bürgertum und in der Frauenwelt seine Leichtgläubigen, in der abgeschiedenen Bergwelt seine geistigen Kapläne. In jeder Volksschicht gebrauchten die Werkzeuge kirchlicher Machtpolitik andere Lockmittel, sie haben sich streng dynastisch und wieder radikal demokratisch, international und national, kapitalfremd und proletarisch, jubenfeindlich und jubenfreundlich, belogen Städter und Bauern, schmeichelten den Arbeitern, predigten ewigen Frieden und besprengten Kanonen und Kriegsschiffe mit ihrem Weihwasser. Gegen den dauernd fortgesetzten Volks-

verrat der politisierenden römischen Klerisei glaubte Schönerer die einzige Hilfe in der Lösung zu finden: Los von Rom! Seinem Aufrufe folgten über hunderttausend Deutsche, die aus der politisierenden Kirche austraten.

Eine Folge der volkischen Arbeit Schönerers, der für die Gründung von Studenten-, Turner-, Schul- und anderen Aufklärungs- und Schutzverbänden große persönliche Opfer brachte, war die Radikalisierung aller deutschen Parteien. Je weitgehender die nationalen Bedingungen der anderen für die Duldung der jeweiligen Regierungen und besonders die Bewilligung der „Staatsnotwendigkeiten“ im Parlamente wurden, desto mehr mußten die geduldigsten Deutschen zur Überzeugung kommen, daß auch ihre Wurzel nicht am grünen Tische der gemeinsamen Volksvertretung, sondern im eigenen Volke fallen würden. Der abgelebte Liberalismus fand in der deutschnationalen und christlichsozialen Bewegung kampflustige Überwinder. Seine hinterlassene Leibesfrucht war die jüdische internationale Sozialdemokratie, die im Zeichen des allgemeinen Wahlrechtes am 14. Mai 1907 einen jähen Aufschwung erlebte, aber schon nach einigen Jahren von den national gewordenen „Genossen“ aller Völker – mit Ausnahme der deutschen – in einen Trümmerhaufen verwandelt wurde.

Adolf Hitler sagt in seinen Wiener Lebenserinnerungen über den Kampf der Aldeutschen Partei gegen das deutschfeindliche Habsburgertum: „Sie hat zum erstenmal die Sonde an diesen faulen Staat gelegt und Hunderttausenden die Augen geöffnet. Es ist ihr Verdienst, den herrlichen Begriff der Vaterlandsliebe aus der Umarmung dieser traurigen Dynastie erlöst zu haben“.

Anfänge der Hilfsvereine.

Diese guten Ansätze einer nationalen und sozialen Volksbewegung, die auch den deutschen Arbeiter in seine Rechte gesetzt hatten, wurden durch persönliche Streitigkeiten der Führer, die ihre persönlichen Meinungen nicht zugunsten der großen deutschen Sache zu überwinden vermochten, zunichte.

So sah sich der deutsche Arbeiter wiederum auf sich selbst gestellt und mußte zur Selbsthilfe greifen.

Die Entstehung der deutsch-volkischen Arbeiterbewegung ergab sich aus dem Zusammenstoß zweier Quellen. Die ältere davon kam aus der Gefährdung der Existenz deutscher Handwerksgehilfen durch die Einwanderung von Lohndrückern aus den tschechischen Agrargebieten, die jüngere aus der nationalpolitischen Erhebung. War es der wirtschaftliche Niedergang des Handwerks überhaupt, daß es nur kärgliche Löhne zahlen konnte und daher vielfach von deutschen Lehrlingen gemieden wurde, war es die Sparsucht der Meister, die den Mitarbeiter unzulänglich bezahlte, gleichviel, man

*) Unter deutschnationaler Parteibewegung verstand man damals die volkische Bewegung Schönerers, die aber in keinerlei Zusammenhang mit der späteren Deutschnationalen Volkspartei im Reich steht.

konnte in den sebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts eine nationale Umschichtung in den deutschen Gewerben und Kleinindustrien, besonders Wiens und der Sudetenländer, beobachten. Je schmerzlicher sich die Konkurrenz mit der Maschine und der Übergang vom Gehilfen zum selbständigen Meister gestaltete, desto drückender wurde von den bodenständigen deutschen Gehilfen das Eindringen der Fremden in alle Verhältnisse empfunden. Aus dieser unverkennbaren nationalwirtschaftlichen Lage wurden die ersten Vereinigungen zur politischen und sozialen Selbstwehr geboren.

Im Mai 1885 gründete sich ohne parteipolitische Anregung der „Deutsche Gesellenverein“ in der subbohmischen Stadt Budweis, am 15. Dezember desselben Jahres der Deutsche Gehilfenverein in Reichenberg. Das Beispiel wirkte. Es folgten 1887 die Gründungen in Gabeln und Arnau, 1888 in Tetschen, Hohenelbe, Jungbunzlau und Mährisch-Trübau. Schon in diesen Anfangen berief der tatkräftige Reichenberger Verein am 4. November 1888 den ersten deutschen Gehilfentag für Böhmen und Mähren nach Reichenberg ein. Diese bescheidene Tagung vor nahezu 50 Jahren wurde für die Erkenntnis der deutschen Arbeiterfrage von dauerndem Werte. Sie war von keiner politischen Partei besucht oder entfernt beeinflusst und trug daher rein sachlichen Charakter. Der Gehilfe M. Kledsch verdeutlichte die Lage folgendermaßen: „Die tschechischen Arbeiter werden bevorzugt, weil sie billiger arbeiten und sich, da sie gar keine Standesbeurteilungen, die niedertrachtigste Behandlung gefallen lassen. Die deutschen Gehilfen verlangen nichts Ungerechtes, sie wollen nur menschenwürdig existieren. Durch die tschechische Konkurrenz sind heute die Löhne herabgedrückt, daß weder Meister noch Gehilfen etwas verdienen können.“

Der Gehilfentag beschloß die Gründung eines Zentralverbandes, die Herausgabe eines Fachblattes und die Einföhrung der Reiseunterstützung.

Dieser deutsche Gehilfentag 1888 in Reichenberg, der noch auf vereinsmäßiger Grundlage aufgebaut ist, wird die Keimzelle der späteren Deutschen Arbeiterpartei. 1893 gründet der Mechanikergehilfe Franz Stieglitz den politischen „Deutsch-nationalen Arbeiterbund“, der seine Forderungen auf Grund des „Linzer Programms“ formulierte und sich als Teilglied der alldeutschen Bewegung fühlte. In den folgenden Jahren gaben Vertreteritage des „Verbandes deutscher Gehilfen- und Arbeitervereinigungen Österreichs“, dessen Sitz Mährisch-Trübau war, so dann das Erscheinen der ersten nationalen Arbeiterzeitung „Der Hammer“ und die deutsch-völkischen Arbeitertagungen in Böhmen, Mähren und in den Alpenländern der völkischen Arbeiterbewegung trotz aller Unterdrückung durch die Regierung und Bekämpfung durch die internationale Sozialdemokratie

großen Auftrieb. Die Egerer Tagung 1899 stellte ein nach 25 Säßen gegliedertes Forderungsprogramm auf und erklärte sich als Ablehner der von Schönerer gegründeten Alldeutschen Partei. Im besonderen wurden folgende Grundsätze aufgestellt:

Die Gesamtheit des Volkes ist verpflichtet, jedem einzelnen ehrlich arbeitenden Volksgenossen ein menschenwürdiges Dasein, gebührenden Anteil an dem Ertrage der nationalen Arbeit und den Mitgenuss der idealen Güter unserer Kultur zu sichern; daher fordern wir:

1. die Wahrung der Freiheit und Ehre der Arbeit und die rechtliche und tatsächliche Anerkennung der Stellung des Arbeiters als eines gleichberechtigten Teiles beim Abschlusse des Arbeitsvertrages, volle und unbeschränkte Koalitionsfreiheit;

2. die Anerkennung des Rechtes auf Arbeit, im Falle der Arbeitslosigkeit oder in jenem der Arbeitsunfähigkeit Gewährung des entsprechenden Unterhaltes,

3. die Sicherung gebührender Entlohnung der Arbeit;

4. die Sicherung des Arbeiters gegen die Gefährdung seines Lebens und seiner Gesundheit,

5. ausreichende Vorkehrungen zur Durchführung aller Maßnahmen, welche zur Erreichung dieser Ziele erforderlich sind.

Ein selbstmörderischer Zwist in der Schönerer-Partei vernichtete viele glänzende Anlage zu einer großen deutschen Arbeiterbewegung und machte dafür leider die Kräfte frei für die Bildung von Standesvertretungen zunächst auf gewerkschaftlicher Grundlage. 1901 wurde der Gewerksverein deutscher Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs gegründet, 1903 der Bund Österreich des D. H. V. (Deutscher Handlungsgehilfen-Verband) und die Gewerkschaft der deutschen Eisenbahner als „Deutscher Reichsbund- und Gewerksverein für Österreich“ (später Reichsbund deutscher Eisenbahner). Weitere völkische Gewerkschaften der Kellner, Bauarbeiter, Gärtler, Bader usw. folgten.

Das erste Gebot des deutschen Arbeitertums war die Erhaltung der kulturellen Geschlossenheit des ganzen bodenständigen Volkes in seinen Lebensansprüchen. Kam diese feste Grundlage ins Wanken, so hing jeglicher wirtschaftliche Fortschritt des Arbeitnehmers in der Luft. Die Abwehr der völkischen Gewerkschaft richtete sich demzufolge in Kontrolle, in öffentlicher Kritik, in dem Aufruf der Verantwortlichkeit, in wiederholten Ausständen gegen Unternehmer und Aktienbesitzer, denen fremde Arbeitskräfte, die hilflos und isoliert in der neuen Umgebung standen, lieber waren als tüchtigere und vielleicht etwas teurere Volksgenossen. Es zeigte sich dann allgemein, daß

die Rechnung des Spekulationskapitals mit verbilligten willfährigen Arbeitskräften auf Tauchung fußte. Wohl gaben sich die herangelockten Slawen vorerst mit Lohn und Diktat unter den entwürdigendsten Verhältnissen zufrieden. Bald verwandelte sich indessen die Unterwürfigkeit in feindliche Loh-, Sprachen-, Schul- und Wohnungsforderungen der durch Machzugler verstärkten Fremdenkolonnen. Nach einem Jahrzehnt oder früher schon verursachten die Einwanderer dem Unternehmen und der ursprünglich rein deutschen Orogenese höhere Ausgaben als die inzwischen zerstreute oder mit Unlust erfüllte deutsche Arbeiterschaft aus der Gründungszeit. Aber dem verblendeten Industriekapital war mit solchen Überlegungen, volkischen Bitten und Beschwerden kaum in den letzten Fällen beizukommen. Der nationalbewusste Arbeiter kämpfte hier allein für seine Familie und die Zukunft des Volksganzen.

Zur nationalen Entwicklung der deutschen Industrie Österreichs stellte der „Deutsche Gewerkschaftsführer“ folgende Betrachtungen an: „Dem bestrebenden oder ausgebildeten Interesse an der ‚billigen‘ slawischen Arbeitskraft ist ein anderes Interesse entgegenzustellen. Es laßt sich nicht erörtern, konstruieren oder beschließen, sondern muß als lebendige Kraft im wirtschaftlichen Leben gegeben und durch Organisation befähigt sein, der ungeheuren Gewalt des Kapitals bei seinem Slawisierungswerke in den Arm zu fallen. Wir haben in der österreichischen Industrie der Sudeten- und Alpenländer 20509 Industrie-Betriebe, davon 17317 oder 84 vom Hundert in ‚deutschen‘ Händen. In der deutschen Großindustrie, im deutschen Großhandel und Verkehr waren schon im Jahre 1900 über 700000 nichtdeutsche Arbeitnehmer beschäftigt, die rund 1900000 selbstverständlich nichtdeutsche Angehörige erhielten. Mag ein großer Teil des deutschen Industriebesitzes in den Lebensräumen anderer Völker gelegen haben, so ging die Zahl nichtdeutscher Arbeiter in gemischten und rein deutschen Städten und Bezirken doch in die Hunderttausende. Sehr schwer traf auch die Volkshaftung von 100000 Fremden durch das deutsche Gewerbe den Vellebestand. Denn der Standort dieser mehr volkstümlichen Erwerbszweige befand sich nur in seltenen Einzelfällen jenseits der deutschen Sprachgrenzen. Habe es nun keine Kraft, welche aus Selbsterhaltungstrieben den Verwüstungen des Kapitalismus im Deutschum Schranken setzte, dann hätten wir nur die Jahre und Monate zu zählen, bis unsere Industrie von einer Mehrheit slawischer Arbeiter bedient würde. Was unterdessen aus der deutschen Heimat geworden sein mußte, das braucht erst nicht gesagt zu sein.“ Der Fremde kam unter diesen gegebenen Verhältnissen schrittweise vorwärts, der gastfreundliche Deutsche abwärts. In der deutschen Arbeiterwelt nahm die unsichtbar schleichende Slawisierung den Anfang. Die volkische Berufsorganisation legte

als unheil der Erde das Leide der Völker der Ostdeutschland bloß und ermahnte so die redliche Bekämpfung der schwersten Gefahr, die dem überwiegend gewerblich-industriellen Deutschum von innen heraus mit langsamer Zerstörung drohte. Zudem bewahrte sich der volkische Berufswächter gegenüber dem untätigen Staate und der zerlegenden Internationale auch als Erwecker und Erzieher zur eigenen Kulturgenossenschaft.

Überall, wo deutsches Arbeitsvolk in der Welt ohne staatliche Rückendeckung in das Berufs- und Wirtschaftsleben einzugreifen hatte, bildete der volkische Gewerkschaftsgedanke für den Erhalt, die Widerstandsfähigkeit und den sozialen Frieden der Volksgemeinschaft eine feste Stütze. Es war ein Zeichen gesunden Willens, daß die deutschführenden Arbeiter der Sudeten- und Alpenländer trotz aller Enttäuschungen mit ihrem Bürgertum, dem Staate und verheerten Werksgenossen den harten Aufbau nationaler Gewerkschaften auf sich nahmen. Dem einen Kampfer war einleuchtend, daß mit den Entwidlungen betriebliche Widerstände auf allen Seiten hervorgewinnen und zahlreiche Existenzen als Opfer fallen würden.

Im „Deutschen Arbeiter“ eröffnete 1901 der Verfasser dieser Arbeit mit einer Aufzählung die Werbung. Er schlug als Übergang zu reinen Fachverbänden örtliche Fachgruppen in den allgemeinen Vereinen vor, ferner die Umwandlung des Malerisch-Trubauer Gesamtverbandes der volkischen Arbeitervereine Österreichs in eine zentrale Vereinigung gewerkschaftlich eingerichteter Arbeitervereine und deutscher Berufsverbände. Zwei Broschüren aus seiner Feder traten für die Schaffung eigener Gewerkschaften ein. Das bedeutete ein wagemutiges Beginnen, denn die internationalen Gewerkschaften der Sozialdemokratie hielten zur Zeit rund 100000 Arbeiter unter ihren roten Fahnen und streiften jede schwächere andersgesinnte Vereinigung gleich bei ihrem Erscheinen im Betriebe zu Tode.

Deutsche Arbeiterpartei

Um die Jahrhundertwende konnte im alten Österreich von einer gesellschaftlichen und politischen Gleichberechtigung der besitzlosen arbeitenden Staatsbürger keine Rede sein. Im Deutschen Reich hatte Bismarck 1871 das allgemeine Stimmrecht in die neue Verfassung eingebaut, der frühere deutsche Bundesstaat Österreich aber hielt weiterhin durch mehr als dreißig Jahre an empörenden Wahlprivilegien starrsinnig fest. Ein Abgeordneter zum Reichsrat enthielt auf 64 Großgrundbesitzer, 27 Handelskammerräte, 4246 städtische und 13190 bayerische direkte Steuerzahler, auf 70000 Besitzlose in einer Kurie, der zum Überflus auch als privilegierten Wähler mit einem zweiten Stimmzettel als ungebetene Gäste angehörten. In den

Neizehn Landtagen der österreichischen Reichshälfte fanden die Dinge noch schlimmer. Dem böhmischen Landtage gehörten 4 katholische Bischöfe, 2 Universitätsrektoren, 70 Abgeordnete des meist adeligen und kirchlichen Großgrundbesitzes, 15 Vertreter der Handelskammern, 87 Stadträte und 79 landliche Abgeordnete an. In den Landtagen wie in den Städten und Industriegemeinden ging die weit überwiegende Mehrheit der Arbeiter vollständig leer aus, weil sie keine direkten Steuern, sondern nur die Verbrauchssteuern mit den täglichen Einkaufspreisen bezahlte. Dafür konnte der Arbeiter aus dem Gesamtertrag der Staatskassen nur herauslesen, daß die direkten Steuern der politisch Bevorzugten jährlich rund 300 Millionen Kronen, die indirekten Konsum- und Zölleuern der Masse rund 800 Millionen Kronen beim Staatsfiskus eintrugen.

Nicht besser verhielt sich die bürgerliche Gesellschaft, die unter dem Schutze des Kaiseradlers den Staat, die Armee und die Wirtschaft beherrschte. Abkunft und das höhere Schulzeugnis galten alles, gemeinnützige Arbeit, Tüchtigkeit und Lebenserfahrung nicht viel. Klassenhochmut forderte Klassenhaß heraus. Die in Wahlen als zweites Wort des bürgerlichen Wahlwerbers gebrachte „Arbeiterfreundlichkeit“, die kümmerliche Priemaße der Selbstverbesserung, kostete den Entrechteten über die Abgründe sozialer Unterdrückung nicht hinweg. Nicht wirtschaftlicher Neid trieb den gedrückten Arbeiter in unhaltbarer Gegensatz zu dem oft unmerklich besser gestellten Handwerksmeister, dem kleinen Kaufmann oder Industriellen, vielmehr belästigte eine immer fühlbare mindere Achtung seitens der bürgerlichen Kreise sein überaus empfindliches Rechtsbewußtsein. In keinem Volke entfremdeten sich die Gebildeten und Besitzenden so weit von der Denkweise und dem einfachen Gemütsleben der sogenannten unteren Schichten wie im deutschen. Der lauernde Jude erkannte daher bald, wo er den Hebel der Massenbetörung für seine Macht und sein Geschäft anzusetzen hatte.

Die politische Gleichstellung aller Staatsbürger durch die Verleihung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes bedeutete den Abschied von der legendären deutschen Vormacht in Österreich. Zehn Millionen Deutsche konnten jetzt selbstredend die sieben Millionen Slaven und eine Million Romanen weder beherrschen noch verfassungsmäßig bestimmend weiterführen. Ein internationaler Arbeiterstaat hingegen behauptete sich nicht einmal als graue Theorie sozialdemokratischer Literaten und hielt als geschaltstündige Phrase die Organisation ihrer österreichischen Gesamtpartei kaum ein paar Jahre zusammen. Die deutsche Politik mußte sich vor den unabänderlichen Tatsachen der europäischen Entwicklung zur Umkehr entschließen, sich in Staat, Wirtschaft und Kultur nur auf die eigenen Kräfte

zu verlassen. Wie einst die wirren Träume eines renard'schen J. J. perunus, die Kreuzzüge und die verurteilten Wägen wegen der Auslegung jüdischer Reliquienbücher die deutsche Nation bis an die Wurzel im Bestand gefährdeten und schließlich als furchtbare Laichungen preisgegeben werden mußten, waren auch die jahrhundertlang gebrachten Deter im Kaiserreich nur keine nicht mehr gegebene Sendung aus dem Judentum geworden. Eine nationalpolitische Einheitsfront der Deutschen Österreichs scheiterte zunächst an deren räumlich und sozial verschiedenartigen Lebensinteressen. In der Millionenmasse deutscher Arbeiter fand die obrigkeitstromme, matte Politik des Bürgerlums, des bisherigen Vertreibers nationaler Hoffnungen, keinen Anklang mehr, und man lehnte sowohl in der Wahrung der vollständigen Grundrechte wie in wirtschaftlicher Hinsicht einen radikalen Kurs herbei. Das Beispiel slowakischer Erfolge wirkte einleuchtend. Darin lag ja die drückendste Belastung für das werktätige und leistungsfähige deutsche Arbeitervolk.

Nach der Auflösung der alldutschen Partei richtete sich der gesunde deutsche Arbeiterhaute auch politisch wieder auf. In einer Entschliebung der Arbeitervereine zu Graz 1902 wurden noch auf „die Schaffung einer großen alldutschen Partei“ zur Durchsetzung der wirtschaftlichen, politischen und politischen Forderungen der Arbeiterklasse größte Hoffnungen gesetzt. Aber eine gemeinsame politische Bürger- und Arbeiterpartei kam im alten Österreich nicht mehr zustande.

Der Saazer Tagung folgte am 8. Dezember 1902 in Triebenberq eine weitere, auf der Arbeiter Franz Hader die Ursachen besprach, die zur Gründung einer eigenen Deutschen Arbeiterpartei zureichen konnten. Nach lauerndem Vor- und Widerbeschloß die Reichskonferenz: „Die heute versammelten Vertreter der deutschnationalen Arbeiterpartei Österreichs erkennen die Notwendigkeit einer freien, selbstständigen Organisation und erklären, sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen keiner der politischen Parteien anzuschließen.“ Die Forderung nach einer staatlichen Alters- und Invaliditätsversicherung das Vereinigungsrecht der lauernden Arbeiter und andere Forderungen beschäftigten weiterhin die Tagung. An der Geschlossenheit der Bewegung scheiterten alle Versuche von rechts und links, in ihren Kreisen parteimäßige Gefolgschaft und Anhang zu werben. In den Alpen- und Sudetenländern reiste der Wille zur Arbeiterpartei, obwohl man sich über die geringe Zahl geschulter Redner, den Mangel an Geld und Zeitungen, den zu erwartenden Verurteilungsstreich der Sozialdemokratie, die Gehässigkeit bürgerlicher Angriffe u. dgl. im unklaren geblieben war.

Am 15. November 1903 fand in Aufsitz eine neue Reichstagung statt, die restlose Klarheit

schaffte. Am 14. und 15. August 1904 trat zu Trautenau der erste ordentliche Parteitag zusammen. Das einstimmig genehmigte Parteiprogramm erklärte in seinem grundsätzlichen Teil:

„Die Deutsche Arbeiterpartei erstrebt die Hebung und Befreiung der arbeitenden deutschen Volksschichten aus dem Zustande ihrer heutigen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Unterdrückung. Sie geht hierbei von der Überzeugung aus, daß der Arbeiter nur innerhalb der natürlichen Grenzen seines Volkstums sich gegenüber den übrigen Volksschichten der Kulturgemeinschaft zur vollen Geltung seiner Arbeit und Intelligenz emporringen kann. Wir verwerfen die internationale Organisation, weil sie den vorgeschrittenen Arbeiter durch den niedriger stehenden erdrückt und vollends in Österreich jeden wirklichen Fortschritt der deutschen Arbeiterklasse mitbinden muß. Wir bilden keine engherzige Klassenpartei. Die Deutsche Arbeiterpartei vertritt die Interessen aller ehrlichen produktiven Arbeit überhaupt und strebt die gangliche Beseitigung aller Mißverhältnisse und die Herbeiführung gerechter Zustände auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens an. Wir sind eine freiheitsliche nationale Partei, welche mit aller Schärfe die reaktionären Bestrebungen, die feudalen, klerikalen und kapitalistischen Vorrechte sowie jeden fremdvölkischen Einfluß bekämpft. Die Geltendmachung von Arbeit und Wissen in Staat und Gesellschaft ist das Ziel, die wirtschaftliche und politische Organisation des arbeitenden deutschen Volkes das Mittel zur Erreichung dieses Zieles der Deutschen Arbeiterpartei.“

Die staatspolitischen, nationalen, freiheitslichen, kulturellen und wirtschaftlichen Forderungen bedienten sich natürlich oft mit den im Linzer und Egerer Programm niedergelegten Forderungen der nationalen Gesamtbewegung. Das Programm vermied rein theoretische Auseinandersetzungen und zeigte in eindeutiger Fassung den Willen und Weg zu einer neuen sittlichen Volksordnung und einem Staat als Mittel zum Schutze aller guten Kräfte des Deutschthums. In der naturgegebenen volkseigenen Kultur sollte sich Arbeit und Wissen entfalten. Jedem Volksgenossen sei für Gemeinschaftsarbeit die persönliche Vertung zu sichern. Der private Kapitalismus dürfe das Gemeinwohl nicht schädigen. Das freie Wahlrecht, durchgeführte politische Selbstverwaltung, nationale Abgrenzung der Völkergebiete, Zollgemeinschaft Österreich-Deutschland u. a. waren Forderungen jener Zeit, doch blieben Bodenreform, die schärfere Besteuerung des Renteneinkommens, ein wahrhaft volkstümliches Schulwesen, ein Volksheer u. a. Forderungen bis in die Gegenwart hinein.

Den sehr zaghaften und biegsamen Gelegenheits-

kundgebungen der deutschbürgerlichen Politik im alten Österreich widerstand hier der aufstrebende Geist der zahlenmäßigen Volksmehrheit und unverdorbenen Kraft der deutschen Arbeiter. Sie trugen den Glauben im Herzen, wenn auch nur flüchtig in einer müden Epoche, so doch Wenigere einer heranabenden kampfesfreudigeren zu sein.

Die bürgerliche Presse, mochte sie noch so nationale Töne pflegen, lehnte in spießhafter Verbitterung die Deutsche Arbeiterpartei stillschweigend ab. So mußten sich deren Apostel mit bescheidensten Kräften und Mitteln durchschlagen. Der Berufende Wilhelm Prediger, aus der Glasarbeiterchaft des deutschböhmisches Bierauges stammend, erste als volkstümlicher Redner in Versammlungen durch alle Gaue Deutsch-Österreichs. In sämtlichen Organisationen deutschführender Arbeiter und Angestellter weckte die neue Volkswacht das erschütterte Selbstvertrauen. Bezirks- und Landeskongresse unterrichteten die Getreuen und wehrten Angriffe von allen Seiten ab. Im November 1904 übernahm Hans Knirsch die Hauptgeschäftsstelle der Partei in Linz.

Ein Jahr nach Trautenau geriet die Partei in den ersten Wahlkampf. Es war eine harte Probe aufs Exempel. In einem der industriereichsten Gebiete Österreichs, dem Eine ältester sozialdemokratischer Organisationen seit den Zeiten Lassalles, mußte sich der Führer der Deutschen Arbeiterpartei dem jüdischen Führer der österreichischen Sozialdemokratie Dr. Viktor Adler zum Kampfe stellen. Es handelte sich um das Reichsratsmandat in dem Reichswahlkreis Reichenberg, Friedland, Warisdorf, Rumburg, Kamniz, Steinschönau, Haida u. s. w. Prediger stand ohne eine verbreitete Zeitung, ohne Geld und mangels freigesetzter Kräfte mit nur zwei, drei Parteigenossen als Hilfsrednern allein im Kampfe. Der Wahlgang am 18. Oktober 1905 bot sehr bemerkenswerte Aufschlüsse. Von 90 000 Wahlberechtigten gingen nur 49 000 zur Urne. Das Bureau blieb mit seinen Stimmzetteln und fragwürdigen nationalen Sorgen zu Hause! Gewählt wurde Dr. Adler mit 30 000 Stimmen. Prediger erreichte 14 000 und hielt in den kaum 20 Arbeitergemeinden, wo bereits Parteigliederungen bestanden, dem Gegner überall die Waage. Zwei Tatsachen lagen zutage: die ehrende Ablehnung der Deutschen Arbeiterpartei durch den feigen Liberalismus, der sich in seinen politischen Privilegien geborgen wahrte, und die Befruchtung ihres Programms in der Industriearbeiterchaft. Nur im Zeichen der neuen nationalen und sozialen Gedanken sollte sich die Erhebung des deutschen Volkes vollziehen. Dieser erste Wahlkampf der Partei war zugleich der letzte in der „fiktiven Kurie“ des alten Österreich. Das gleiche Wahlrecht riefte heran.

Volkbewusstes Arbeiterertum

„Die volkliche Gewerkschaftsbewegung“, schrieb der „Deutsche Eisenbahner“ im Februar 1904, „ist eine Kulturbewegung. Sie will die großen Massen des Volkes auf eine höhere Stufe der sozialen Erlebung erheben. Millionen sollen Anteil bekommen an den reichen Gütern des Lebens und sich durch eigene Kraft zu Licht und Luft emporringen. Die Fütterfrage ist die erste, aber nicht auch die letzte... Wenn sich die Organisation darauf beschränken würde, nur um die Vorteile bei Lohn und Arbeitszeit zu streiten, wenn sie Pflichtbewußtsein, Disziplin, Vereinerung, kurz, ihr ganzes sittliches Programm über Bord werfen würde, dann konnte man am Papier vielleicht ein Zusammengehen aller Hungerigen verlangen, die Gewerkschaft würde disziplinlose und untereinander interesselose Scharen anführen, es wäre der Traum des Weltproletariats, der Traum der internationalen Sozialdemokratie. Wir aber träumen nicht und sehen die Welt mit offenen Augen.“ Kein Zweifel, nur den Zukunftsstaat der Sozialdemokratie waren die anstrebenden nationalen Gewerkschaften nicht zu haben. Ihre positive Arbeit dagegen sorgte das Vertrauen der Berufsgenossen. Unverbrochen und nicht fruchtlos bemühten sich brave deutsche Arbeiter ohne Anspruch auf äußerliche Anerkennung und Parteiverforgung um die gewerkschaftliche Erziehung und Kulturarbeit. Am 29. April 1906 trafen die Verbände in Leiznig eine Beratung ab, die der Bewegung vier Leitfäden gab, in denen streng nationalwirtschaftliche, unkonfessionelle, gegen den Bürgerkrieg und internationale Ideologie gerichtete Programmforderungen das sozialpolitische Ringen formulierte.

Gleiches Wahlrecht.

Länderweise Parteiliederung.

Die weitere Entwicklung brachte im Jahre 1906 die Erfüllung der schon im Satz 7 des Linzer Programms von Schönerer aufgestellten Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes, das auch die Sozialdemokratie verlangt hatte. Machtig schoss eine rote Sprungstut gen Himmel und stürzte jählings ins Meer der Enttäuschung zurück. Das war die Geschichte des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes in Österreich. Zwei Faktoren vor allem versprachen sich von dieser universalen Reform einen Wundersegen: die Sozialdemokratie einen fabelhaften Machtzuwachs, der alte Kaiser die Überwindung der nationalen Kämpfe, fruchtbringende wirtschaftliche Arbeit und neues Interesse der unzufriedenen Völker für das kaiserliche Reich. Tausende Volksversammlungen und Demonstrationen horten das sichere Versprechen der Internationale, daß mit der Verwirklichung der politischen Demokratie und der Einführung einer wahren Volksvertretung ein sonnigeres Zeitalter der Arbeiter „aller Zungen“ beginnen werde. Die Pala-

dine Habsburgs hofften, in dem von Kossuths Vorkriegsgeist widerhaßenden Ungarn den Übermut des magyarischen Staatsvolkes durch Entfesselung der dort unterdrückten Deutschen, Slowaken und Rumänen zu bezwingen, in der österreichischen Reichshälfte hingegen die auseinanderstrebenden Völkerschichten für immer an die schwarzgelbe Kette der Dynastie zu legen. Sonderbare Rechnungen, in der Tat!

In Mähren war am 27. November 1905 eine nur die Völkerkämpfe Österreichs grundlegende Erneuerung, der Nationalkatalog, mit der Landtagswahlordnung Gesetz geworden. Er verpflichtete jeden Wähler zum Bekenntnis seiner Volkszugehörigkeit. In der städtischen, der ländlichen und der allgemeinen Wählerklasse konnte nunmehr jede Nationalität unbehelligt von der anderen abstimmen. Nur die Kurie des Grundbesitzes blieb national gemischt.

Der 14. Mai 1907 war der erste Wahltag. Als Gesamtsertrag der Wahlen buchte die rote Internationale 87 Mandate, davon 50 deutsche, 24 tschechische, 6 polnische, 5 italienische und 2 ukrainische. Ein zwölfköpfiger Vorstand sollte diese bunte Gesellschaft im Parlamente führen. Die österreichische Sozialdemokratie stand auf dem höchsten Punkte ihrer Geschichte. In dem überaus heftigen Völkerkampf um die Macht erhielten die Stimmzähler der Deutschen Arbeiterpartei ohne genügende Werbung immerhin einige tausend Stimmen. Nach dem Abflauen der Wahlstimmung fehlten die keineswegs entmutigten nationalen Arbeiter in den Ländern ihre organisatorische Arbeit fort. Der Übergang von der zentralistischen Reichspartei, die Sozialisten von oben her in alle Gauen eindringen sollte, zu dem Aufbau von unten her war für die Bewegung ständlich von Vorteil. Arbeitervereine, Gewerkschaften und politische Gruppen schufen sich in Gauen und Ländern gemeinsame Arbeitsstellen und sehr notwendige Zeitungen.

Die Lebenskraft des deutschen Arbeiterprogramms hatte sich schließlich so weit durchgesetzt, daß den Länderorganisationen wieder eine zentrale Führung gegeben werden mußte. Dazu kam der Anschluß der politisch obdachlos gewordenen Angestellten und Beamten, für deren soziale Bestrebungen die verkappten bürgerlichen Parteien unzulänglich und laßig geworden waren. Der Eisenbahnschaffner Ferdinand Ertl, Vorsitzender der nationalen Eisenbahnergewerkschaft, warf im Oktober 1909 in einer Broschüre die politische Organisationsfrage der Beamten auf und stellte fest, daß die von den Angestellten als Folgewirkung des gleichen Wahlrechtes erhoffte Sozialisierung und Demokratisierung der bestehenden bürgerlichen Fraktionen nicht eingetreten sei.

Verschiedene Kritiken der gemäßigten Presse veranlaßten die Reichsparteileitung am 11. Dezember 1910 zu folgender Erklärung: „Eine Partei, welche sich Arbeiterpartei nennt, hat naturgemäß

die Arbeitnehmerschaft, die Arbeiterklasse, politisch zu vertreten. Wir verwerten jedoch den Standpunkt der Sozialdemokratie, die den Klassenbegriff gegen andere Gesellschaftslehren lehrt, welche für sich selbst nur das gleiche Recht wie wir in Anspruch nehmen. Für die wirtschaftlichen und politischen Interessen der anderen Klassen des deutschen Volkes tritt unsere Partei nur insoweit ein, als diese mit den Interessen der Arbeiterschaft nicht in Widerspruch stehen. Mitglieder der Partei kann natürlich jeder Deutsche sein, der sich ausschließlich zu den Grundlagen der deutschen Arbeiterpartei bekennt. Wir verwenden darauf, daß die Betonung des Klassenstandpunktes nur die Folgerung aus dem Bestreben ist, die politische Vertretung nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen der aus Arbeitnehmern bestehenden Mehrheit des deutschen Volkes einzurichten. Als eine nationale und freiheitliche Partei erachten wir uns angesichts Zusammenarbeiten mit den übrigen deutschösterreichischen Parteien in rein volkischen und freiheitlichen Belangen als im Lebensinteresse unseres schwer bedrohten Volkes in Österreich gelegen."

Wirtschaftliche Arbeit.

Noch aus den Anfängen der Bewegung her lebten etwa 150 deutsche Arbeiterbildungs- und Unterstufungsvereine in ganz Österreich fort und konnten zumeist auf schöne Leistungen in ihrem engen Wirkungskreise verweisen. Diese brauchbaren Unterstufen für die gewerkschaftliche Zukunft heranzüchten und zu erhalten, war Sinn und Zweck von Gau- oder Landesverbänden, die in den Jahren 1907/08 geschaffen und mit den zentralen Berufsverbänden durch eine Zentrale in Wien verbunden wurden. Organisationsleiter dieser Verbände und der Gewerkschaften war die „Zentral-Kommission deutscher Arbeitervereinigungen Österreichs“.

Unanhaltend trotz Wirtschaftskrisen, monopolartigen Sperren von Werkstätten und Fabriken durch Tarifabkommen der roten Parteigewerkschaften, offenem Terror und anderen Hemmungen vollzog sich die Stärkung der nationalen Gewerkschaften. Ende Juni 1907 fand in Gegenwart von neun Abgeordneten verschiedener deutschösterreichischer Parteien in Wien die Jahresversammlung des Reichsbundes deutscher Eisenbahner statt. In 81 Ortsgruppen zählte man 7500 Mitglieder.

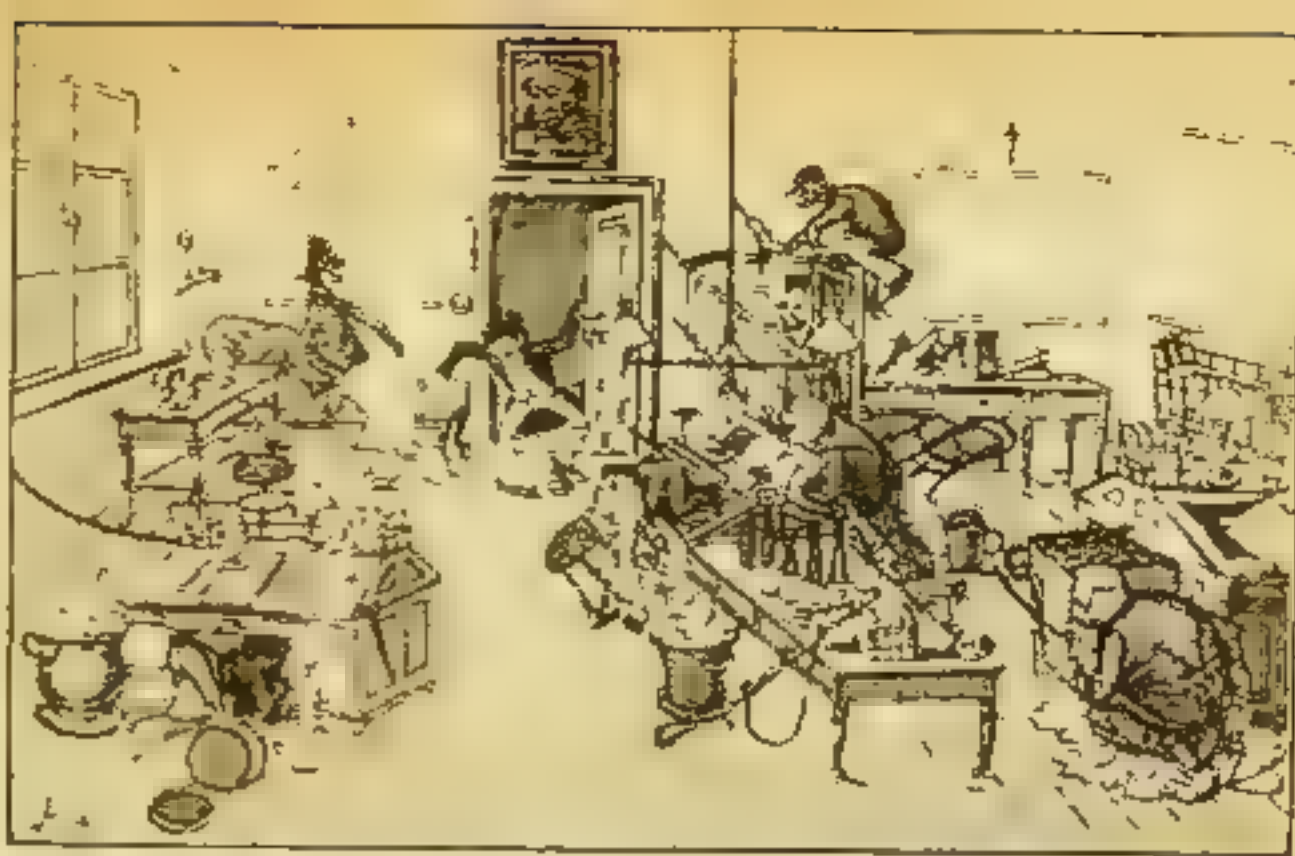
Auch der deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband hielt andauernd die aufsteigende Linie. Von 1906 bis 1910 vergrößerte sich das Ortsgruppennetz von 61 auf 141, der Mitgliederstand von 3169 auf 7982. Rabe Standesarbeit bemühte sich um die Verbesserung der Pensionsversicherung, das Lebenslohn- und das Handlungsgehilfenrecht, den Abschluß kollektiver Verträge u. a. m. Der Berufsausbildung dienten 71 Lehrgänge

Jude - Arbeiter und Volkstum

Es gab auch in der Sozialdemokratie vereinzelt bedeutungsvolle Führer und Geführte, die in einem Zerknirsch des gesamtdeutschen Kulturwillens, der doch ein wirkliches Lebensbedürfnis jedes deutschen Arbeitenden, die einzige Ausrichtung seiner Kinder im Ringen um Brot, Recht und Zukunft im Vaterlande und in aller Welt bedeutet, ein Unausgesprochenes und ein Verbrechen erkannten. Beifolgende beschränkten sich aber diese Leute darauf, ein rein rationales, eben ein vorurteilloses Volkselement des Arbeiters zuzugleichen, lehnten aber innerhalb der Arbeiterbewegung den nationalwirtschaftlichen Standpunkt gegenüber fremdvölkischem Lobdruck und das nationale Zusammenwirken mit Bauern und Bürgern rundweg ab. Der ganze Jammer einer solchen anationalen Einstellung sprach aus dem Vortragsnotiz des Wiener sozialdemokratischen Führers Vernerichter in den „Sozialistischen Monatsheften“, wo er folgende Klage erhob: „Unsere nationalistische Partei in Südböhmen hat einen starken national-nationalen Einschlag, unsere polnische Partei unter der Führung unseres prächtigen Daskowski, unsere tschechische, slowenische Partei und alle gut national, auch wir deutschen Sozialdemokraten in Österreich dürfen nicht nur, wir müssen uns als gute Deutsche bekennen. Der Sozialismus und der nationale Gedanke sind nicht nur keine Widersprüche, sie gehören notwendig zusammen. Der Sozialismus soll der Menschheit nicht nur die gesicherte materielle Existenz bringen. Jede Kultur aber ist national. Der Sozialismus lehnt es ab, etwa aus hungrigen Herdentieren jatte Herdentiere machen zu wollen. Er will den freien und selbstbewußten Menschen schaffen. Und da die Menschheit nur in nationalen Formen lebt, muß er naturgemäß die freien, selbständigen und selbstbewußten Nationen wollen. Vor fünfzig Jahren hat man noch geglaubt, der Weltverkehr werde die Nationen verwischen, das Ungekehrte ist eingetreten. Wir leben in einer Zeit starken nationalen Empfindens.“¹⁾

Wahre Werte ohne Folgerung. Wo aber lagen die Hindernisse einer nationalen Organisation und Betätigung, wie sie bei allen anderssprachigen Genossen schon vor der nationalpolitischen Zersplitterung der Internationale Österreichs im Jahre 1897 festzustellen war? Sie bestanden, wie bereits hervorgehoben, einmal in dem schwachen entwickelten Volkselement der Deutschen überhaupt, dem völligen Versagen der beispielgebenden deutschen Gebildeten und des Bürgertums und vielleicht am entscheidendsten in dem überragenden Einfluß der überall an der Spitze stehenden jüdischen Händler, Werber und Zeitungsleiter. Wir finden zum Beispiel unter den Abgeordneten deutsch-österreichischer Wahlbezirke die Namen Dr. Adler, Dr. Ebenbogen, Dr. Schacherl, Dr. Werkauf, Auster

¹⁾ Zeit 5, August 1905



„Der Schönerer kommt!“ Sportbild aus dem Jahre 1888 auf das jüdische „Neue Wiener Tagblatt“, dessen Redakteur Ritter von Schönerer wegen der falschen Todesnachricht Kaiser Wilhelms I., inschlugte (Sicht Sch. Nr. 5 37)

Von der Jüdingasse (oben) zum Hofenhauspalast

Wo immer ich
ging, sah ich
Juden!

Der Führer in Wien
1909-1910

A. A. Dr. Stöckner (2)



Jüdisches Hofenhaus-
Versteck in Wien



Links:
Deutsche Studenten kämpfen
um eine deutsche Hochschule in
Wien - Zeichnung von Kauter

Rechts:
Polizei unterdrückt im Reichs-
tag den Protest gegen die
deutsche Sprachverordnung
Bodenls (25. Novemb 1897)

Aufnahmen: Scherl (4),
Histor. B. Iderdient (4)

Unten:
500 Polyzisten gegen volks-
treue Deutsche (1909 in
Wien-Simmering)



Bosnische Infanterie räumt
den Platz vor dem Rathaus
in Wien (17. Sept. 1911)



Ein Mann, der sich in der
Kaiserlichen Hofburg
aufhalten will. Man verlangt auch
hier, dass man aus der alten
Ordnung der Reichs-
verwaltung aussteigt, und man
kann die deutsche Sprachgrenze
nicht mehr halten.





...heißt, für sein Volkstum kämpfen
...anzere die Größe des Deutsches
...ne, nur auf sich selbst gestellt
...t, um endlich in zermürbendem
...ner Zeit, da das Volk sich wohl
...tisch und Blut von seinen Toren
...gähnen, in „Mein Kampf“ (Seite 9)

Tschechischer Steinpöttevor gegen
Deutsche und deutsche Geschäfte
am 29. November 1937 in Prag



Deutsche gegen den Zionismus
demonstrieren in Wien (Sept. 1925)



Moskauer Signal: Demonstration
im Festspielhaus in Wien am 15. Juli 1923



Heim zum Reich! Gewaltige Anschlussdemonstration
auf dem Ringplatz in Wien 1927

Eine Dynastie, die die Belange des deutschen Volkes immer wieder verriet



Franz Ferdinand 28.6.1914
in Sarajevo

„Der Palatinotsherr der von oben
herunter betätigten Slawiflexion
Österreichs.“
Adolf Hitler „Mein Kampf“ S.

„Franz der Kaiser“
im Gefolge der
wahren Herrscher
Österreichs
1830-1916

Obwohl das Haus Habsburg als endgültig entlassen hatte Österreich zu einem
slawischen Staat umzuwandeln, gilt man zu jedem Mittel, das in dieser Richtung
als irgendwie geeignet erschien. Auch religiöse Institutionen wurden vor diesen
gewissenlosesten Herrscherhaus Kneipen in den Dienst der neuen Staatsidee gestellt.

Der Führer in „Mein Kampf“ Seite 138



Ein
habsburgischer
Eid
Karl von Habsburgs
Königskrönung
27. 12. 1916
in Budapest

Aus: Scherl (1)
H. B. derdiens (2)

lich, Dr. Bauer, Dr. Fisch, Freundlich, Dr. Ingwer, Dr. Morgenstern, Pich, Sadlesinger, Straßer, Taub, Dr. Karpeles und so fort in unendlicher Reihe. Viele dieser Führer deutscher Arbeiter kamen aus jüdischen, polnischen und ungarischen Judengemeinden daher und hatten für ein deutsches Empfinden natürlich kein Verständnis. Der jüdische Humanismus der marxistischen Bewegung verkörperte ein überlegenes Egoismus und gebrauchte eine genau berechnete Methode. Er forderte mit allen Mitteln die Entfaltung der deutschen Arbeiterbewegung in zuchtlosen Sportvereinen, wenn insbesondere Wien, die Stadt strotzender Massenmord und grauer Weide für 200 000 jüdische Einwanderer nebst 300 000 jüdischen Vertriebenen den geeigneten Boden bot. Von dieser Jüdischkeit waren 77,1 vom Hundert in polnischen, tschechischen, ungarischen und rumänischen Gemeinden geboren. Die internationale Menschenverderbe sollte geschaffen werden. Hatte man sich in der sozialdemokratischen Arbeiterwelt eines Tages auf folgerichtige politische Grundlage besonnen, wohin würden dann die unzählbaren und schon Führer, Anwärter und Literaten geraten sein? Dabei mußte die marxistische Presse jedes politische Empfinden und Denken verbotnen. Taglich hatte der Deutschösterreicher Gelegenheit, die Bestrebungen der anderen Völkerschaften zu beobachten. Das Massenproblem trat ihm wie kaum anderswo entgegen. Wenn das Erbreich, die Pflanzen- und Tierwelt gepflegt und bewußt veredelt werden konnten, war doch schwer einzusehen, warum gerade sein deutsches Volkstum mitten unter den eiferfüchtig verteidigten Wesenheiten der anderen Nationen leeres Verurteil und ein Vernein wider eine übermenschliche „Internationale“ sein sollte. Der jüdische Pharisäer predigte zur Ablenkung seiner Opfer den Unsinn einer zwangsgeläufigen Massenmischung im Laufe der Jahrhunderte, des Kommens einer Weltsprache und übernationalen Kultur. Dabei war er selbst die trefflichste Widerlegung jeder Vermischungstheorie.

Aus der Wiener Jüdenschaft gingen in zwei Menschengestalten die meisten Wollingsgeraane des internationalen Marxismus hervor. Nicht allein die 12 Völkerschaften Österreich-Ungarns, auch andere im Auslande erhielten aus der journalistischen Jüdenschule die Sendboten des „Weltproletariates“ zugewiesen. Wer einmal aufmerksamer Zeuge eines überstaatlichen Kongresses der sozialdemokratischen Parteien gewesen, dem verbleibt nebst anderen üblen Eindrücken jener einer überraschend großen Zahl maßgebender Wortführer verschiedener Sprache, die ausnahmslos Zeallinge und Verschwägerter weniger österreichischer Judenfamilien waren. Selbst in sozialdemokratischen Arbeiterkreisen kam die Abneigung gegen das Eindringen des fremden Juden verächtlichst offen zum Durchbruch.

Erst nach dem Auszug der Tschechen, Polen, Subslawen, Ukrainer und Italiener aus der öster-

teutsches Internationale im Jahre 1897 sah sich der deutsche Nest gezwungen, den Titel einer „deutschen“ Partei, freilich ohne Änderung der Einstellung, anzulegen. Auch nicht ohne heftigsten Widerstand aus dem Lager der *Neuvers* und nur die Art und Weise jüdischer Einflussnahme auf deutsche Arbeiter sei eine Broschüre angewendet, die der Chef des Reichsberger sozialdemokratischen Tagblattes „Vorwärts“, Josef Straßer, in den Parteikreisen massenhaft verbreiten durfte. Er be-
zeichnete jedes Nationalgefühl als Denkfaulheit, die Sprache bedeutungslos, den Heimatboden als Unkraut der Kreuzzüge, den Nationalcharakter als Rückschamigkeit, die völkische Freiheit und Selbstverwaltung vor dem Eintritt des Kommunismus als ein Un Ding. „Wir Sozialdemokraten“, erklärte dieser Jude, „wollen nicht nur die heutigen Nationalcharaktere nicht erhalten, wir arbeiten geradezu an ihrer Zerstörung. Und zwar nicht nur, indem wir ihre sozialen Voraussetzungen, den Kapitalismus und die Mittel vorkapitalistischer Produktionsweisen, beseitigen wollen. Wir nehmen die Zerstörung des heutigen Nationalcharakters nicht etwa als ungewollte, aber unvermeidliche Folge unserer revolutionären Akten nur in den Kauf. Wir arbeiten bewusst und mit Absicht an ihr. Und wir arbeiten, wie gesagt, bewusst und mit Absicht an der Veränderung der Nation. Wir wollen aus dem Deutschen etwas Undeutsches oder meinetwegen Ueberdeutsches machen.“



Ein Blick in die Sozialstatistik des österreichischen Reichthums vom Jahre 1900 zeigt die Gruppierung und den Machtbereich der Vermögensschichten.

	Der zu angehörige	zu den Arbeiter
Land- und Forstwirtschaft	3 068 000	753 000
Industrie, Handel, Verkehr	4 747 000	1 748 000
1) Dienste, freie Berufe	1 356 000	327 000

Von 1000 Arbeitern standen 618 in der Industrie, 206 in der Landwirtschaft und 116 in öffentlichen Diensten. Überwog demnach auch die Industrialisierung, so entbehrte bei einer solchen Lagerung der Volkskräfte die sozialdemokratische Klassenkampflehre jeder Logik. Auch die breiteste und tiefste Industrialisierung erzeugte ebensovienig wirkliche „Klassen“ mit international strebender Entwicklung, wie die verkehrsmäßig und vereinbart gewordenen Zivilisation der modernen Völker den Bluts- und Kulturgegenstand eines Volkes irgendwie zu erleben vermochte. Vollends mußte unter der Wucht des Völkereampfes in Österreich, der über Sein oder Nichtsein in geschichtlich kurzer Zeitwaune entschied, die Selbstauflösung einer Volks- und Kulturgemeinschaft nach

⁴⁾ Josef Strohmer: „Der Arbeiter und die Nation“, Neudruck
1912

den marxistischen Erwartungen auch das selbstverständliche Ende jedes menschlichen Fortschrittes bedeuten. Man kann aus seiner Familie und aus seinem Volke nicht austreten.

Die internationale Kulturarbeit sozialdemokratischer Lesart, begünstigt vom jüdischen Weltkapital, bot dem Arbeiter Steine statt Brot. Er selbst fand keinen vernünftigen Grund für eine Ablehnung von jener Gemeinschaft, die seine Arbeit mit geschaffenen, wünschte nicht gewaltsam herausgebrochen und für den Tempelbau jüdischer Weltmacht verwendet zu werden. Er wollte die Schicksalsgemeinschaft der Nation weder verlassen noch zerstören, sondern um den Preis eines höheren Inhaltes seines eigenen Lebens einen neuen Abschnitt der Entwicklung erobern.

Wenn auch viele Ansichten und Schlüsse der Marxisten wunderbarlich genug auseinandergingen, so einigte man sich unter dem Druck der aufbegehrenden Völker doch auf die Parteiforderung nach der allgemeinen nationalen Autonomie aller Völker, die sich übrigens innerhalb der österreichischen Internationalen durch die Außerkräftsetzung der alten Einheitsorganisation von selbst durchgesetzt hatte. Schon 1891 waren auf einem Gesamtparteitag der noch „österreichischen“ Sozialdemokratie die tschechischen Genossen mit einem Ultimatum nach einer national selbstständigen politischen Organisation hervorgetreten. Bis dahin hatte sich die jüdische Parteiführung und Presse ebenso widerwillig als oberflächlich mit dem „lästigen Nationalismus“ befaßt, der nach rechtgläubiger materialistischer Auffassung eigentlich eine Angelegenheit der bürgerlichen Klassen hatte sein sollen. Doch mußte man sich 1897 zur sechs-jährigen nationalen Aufspaltung der Partei entschließen. Es verblieb nur der gähnend leere Rahmen einer Gesamtpartei, für welchen 1899 in Brüssel ein

sozialdemokratisches Nationalitätenprogramm

wie folgt beschlossen wurde.

1. Österreich ist umzuwandeln in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Samtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird

durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatsprache, inwieweit eine Vermittlungssprache möglich ist, wird das Reichsparlament bestimmen. —

Die anscheinend harmlosen letzten zwei Punkte wurden das Grab der internationalen Verständigung innerhalb der Sozialdemokratie. Die Streitigkeiten um Sprachen-, Schul-, Wirtschafts- und Rechtsforderungen der Minderheiten verwickelten und mehrten sich ebenso wie die Schwierigkeiten einer gemeinsamen Politik der sechs Brüder der Phrase von Tag zu Tag. Die einzige Probe auf Wert oder Unwert der sozialdemokratischen Vorschläge unternahm die Regierung in den beiden Kronländern Mahren und der Bukowina, dann einigen gemischtsprachigen Städten mit dem Nationalkataster als Grundlage der Wahlberechtigung.

Kein noch so fern durchdachtes Verwaltungssystem und keine besänftigende blutleere Theorie des Internationalismus veranlaßten die nationalen Kampfgruppen, nur eine mögliche Eroberung aufzugeben. Dieser Einsicht mußte sich auf dem Innsbrucker Parteitage der deutschen Sozialdemokratie Österreichs 1911 auch der Berichterstatter, Abg. Leuthner, unterwerfen, indem er dem ratlosen Konzil erklärte: „Die größte Kunst, überleitende Vorstellungen, verhüllende Formeln zu schaffen, wird schwerlich zu einem Ziele führen. Denn, es gibt in politischen Fragen keine wissenschaftlichen Entscheidungen, denn im feinsten Geäder des abstrakten politischen Gedankens pulst noch warm das Gefühl. Sie mögen die Territorial-, die Personaltheorie wählen, wo Sie an die praktischen Fragen herantreten, wird die Frage zur Tatsache und zur Empfindungsfrage werden, die der Tscheche und der Deutsche verschieden beantwortet. Denn es gibt keine Rechtsfrage zwischen Völkern, weil es keinen Richter zwischen Völkern gibt und weil jeder in sich sein Ideal der Gerechtigkeit trägt, das für jeden, vor allem für jedes Volk ein anderes ist.“)

Zu der Ergebnislosigkeit sozialdemokratischer „Wissenschaft“ in völkischen Dingen gesellte sich

der Bankrott der internationalen Gewerkschaftspolitik.

War die 1897 erfolgte Organisation der sechs selbstständigen Parteien noch einer praktischen Überlegung entzogen, so gedachte man dagegen die wirtschaftliche Gemeinsamkeit im gewerkschaftlichen Klassenkampfe unbedingt zu erhalten. Wurde selbst dieses Band zerreißen, erklärten die Wiener obersten

*) Protokoll des Parteitages, S. 24.



Hans Kriesch
(1877—1933)

Begründer der böhmischen Arbeiterbewegung, Abgeordneter zum Wiener Parlament 1911 bis 1918, Abgeordneter zum Proger Parlamente 1920—1933



Franko Stein
(geb. 1869)

Kampfschlichter der böhmischen Arbeiterschaft, Abgeordneter der Schönerer-Partei zum Wiener Parlament 1900—1907



Wilhelm Prediger
(1870—1934)

Erster Vorsitzender der Deutschen Arbeiterpartei in Mit.-Österreich

Zeichng. f. d. Schrift v. J. Straub

Führer, dann wäre die sozialdemokratische Theorie und Partei in Schall und Rauch aufgegangen. Und der Tag solcher „Unheils“ kam heran, keine Verschwörung hemmte seinen Schritt. Im Jahre 1906 begannen die Sprengungen in den nationalen Verbänden. Volkstum zeigte sich stärker als marxistische Doktrinen. Die Spaltung griff auf bisher gemeinsame Genossenschaften, Krankenkassenverbände und sonstige Einrichtungen über. Die nationalen sozialdemokratischen Gewerkschaften der Tschechen befristeten ihre Mitgliederzahl Ende 1912 mit 102 000. An Fachblättern erschienen 42.

So dachten und handelten die selbstbewussten Tschechen. Um so widerwärtiger kammerte sich die jüdische Führerschaft der Wiener Internationale an die verbliebenen deutschen Bestände. Um diese in tatsächlichen und bei feigerischen Schein einer Gesamtpartei nach außen hin festzustellen, gründete sie mit absonnigen tschechischen Sekretaren im Mai 1911 in Wien eine zentralistische tschechische Sozialdemokratie, die bei den Reichsratswahlen im Juni desselben Jahres nur 19 367 gegenüber 357 623 Stimmen der tschechischen „Separatisten“ aufzubringen vermochte. An der geschlossenen Macht des nationalen Willens der tschechischen Arbeiterwelt war also kein Zweifel zulässig. Während die deutschen Sozialdemokraten auf höheren Bereich jede Mitarbeit in völkischen parteilosen Schutzvereinen ablehnten, waren die Tschechen stolz darauf. Sie beanspruchten, die beste tschechische Partei zu sein, die ihrer Nation neue Arbeitsplätze erobere! „Alles unter Tun“, heißt es in ihrem

Wahlanruf von 1907, „wird von der Überzeugung geleitet sein, daß nur ein wirtschaftlich starkes, politisch freies und kulturell reifes Volk ein gewichtiger Faktor werden kann und daß seine Macht um so mehr wächst, je höher das Erziehungs- und Bildungsniveau seiner breiten Schichten in allen Kategorien der körperlichen und geistigen Arbeit gehoben wird.“

Der tschechische Austritt aus den Wiener Zentralverbänden fand bald Nachahmung: Polen, Ukrainer, Slowenen und Italiener folgten dem Beispiel. Zum Jahreschluß 1911 war der Zerfall der österreichischen Internationalen politisch, gewerkschaftlich und genossenschaftlich vollendet. Zieht man nun die gekünstelten Gegenargumente der österreichischen d. h. deutschredenden Sozialdemokratie wider den tschechischen „Separatismus“ in Betracht, so bestanden dieselben aus salomonistischen Theorien, die sich selbstredend auch gegen die nationale Organisation der deutschen Arbeiter wendeten.

Auf dem Trümmerhaufen der internationalen Gewerkschaften erhob sich nun der nationalpolitische Kampf der jüdischen Sozialdemokratien untereinander. Aus den Reichsratswahlen im Juni 1911 waren 82 Sozialdemokraten hervorgegangen: 44 deutsche, 25 tschechische „Separatisten“, 1 tschechischer Zentralist, 8 Polen, 3 Italiener und 1 Ukrainer. Aber jegliche Harmonie war dahin. Wiederholt stimmten Deutsche gegen Tschechen und umgekehrt, und es fehlte nicht an sonstigem Hader. Die tschechischen „Separatisten“ rühten ihren bar-

gerischen und händlerischen Volksgenossen in der Heimat und auf den Banken des Parlaments immer näher. Auch die Polen und Italiener. Nur die Deutschen blieben ihrem jüdischen Kommando gehoriam.

Niemals haben die Arbeiter der nichtdeutschen Völker Österreichs um einer Partei willen ihr tieres Nationalgefühl unterdrückt. Schon auf dem Kongresse, der 1897 die nationale Zerlegung der Gesamtpartei vollzog, erklärte der Sprecher der Polen: „Die Lage des polnischen Proletariats gestaltet sich um so schwieriger, als das Volk durch Grenzwälle in drei Teile getrennt worden ist. Deshalb wirken die polnischen Sozialdemokraten unter dem gesamten polnischen Volke unermüdlich dahin, daß das schwere nationale Unrecht, das am polnischen Volke verübt wird, beseitigt werde und daß in Zukunft das polnische Volk national vereint und frei in der Völkerfamilie dastehen.“ Abg. Daszynski erklärte im Wiener Abgeordnetenhaus: „Wenn die jetzigen, durch Unglück zerfressenen und geistlich entwarrten Oberbuden der polnischen Nation der Bewegung zur Freiheit und Einheit Hindernisse bereiten sollten, war um den schwachen Schwimmer der Zukunft zu erhalten, so wird das polnische arbeitende Volk allein den großen Kampf führen, bis es einmal vereint und unabhängig in der Familie der Völker aufleben kann.“ Der Ukrainer sprach: „Wir erstreben die nationale Freiheit unserer ganzen Nation.“ Eine Konferenz der slowenischen Sozialdemokraten zu Laibach (1909) verkündete: „Die Sudslawen Österreich-Ungarns betrachten als letztes Ziel ihres nationalpolitischen Strebens die vollkommene nationale Vereinigung aller Sudslawen. Als Glieder eines großen einheitslichen Volkes streben wir slowenischen Sozialdemokraten nach der Konstituierung als einheitsliche Nation ohne Rücksicht auf alle künstlich geschaffenen staatsrechtlichen und politischen Schranken.“ Schließlich brauchen die heftigen irrenden Kundgebungen der italienischen Sozialdemokraten kaum besonders vermerkt zu werden.

Es war für die allgemeine Beurteilung der Arbeiterbewegung im Völkerstaate Österreich und den Kampf der deutschbewussten Arbeiter um die Seele ihrer Brüder wertvoll, den jähren Aufstieg und Zerfall des internationalen proletarischen Argglaubens in seinen Beziehungen zum Volkstum zu verfolgen. Am Neujahrmorgen 1889 begrüßte die eine „österreichische“ Sozialdemokratie das Licht der Welt, neun Jahre später spaltete sie sich in ein halbes Duzend Parteien und nach weiteren zehn Jahren lagen alle Weltverbesserer einander in nationalen Schützengraben gegenüber, huben und druben unter der gleichen roten Fahne.

Die zweite Reichsratswahl 1911.

Im Juni 1911 gab es die zweiten Wahlen in das Parlament des gleichen Wahlrechtes. Haus Knirsch, Ferdinand Seidl und Adam Fahrner siegten über die Marxisten und bildeten die erste parlamentarische Vereinigung der deutschen Arbeiterpartei. Sie trat als Gruppe in den 104 Abgeordnete umfassenden „Deutschen Nationalverband“ ein.

Der Ausbruch des Weltkrieges

brachte den letzten Akt des österreichischen Dramas. Es gab im Juli und August 1914 keinen Deutschen in Österreich, der nicht den Schlag der großen Weltuhr vernommen und begriffen hatte. Der Abschied von einer alten Zeit war gekommen, und wie immer das Unfassbare Klingen ausgehen sollte, der deutsche Gedanke mußte in Mitteleuropa endlich klare Wege finden. Alle Verbitterung und Klassenscheidung war in Tagen verschwunden, Zweifel und Morale hatte der Sturm hinweggeweht. Und die stets gegen Wehrmacht und vaterländische Selbstbeherrschung eingestellte Sozialdemokratie fand zum Leidwesen ihrer jüdischen Drabuzierher keinen anderen Ausweg als die einstimmige Bewilligung der Kriegskredite im Deutschen Reichstage. In der Wiener sozialdemokratischen „Arbeiter-Zeitung“ vom 5. August 1914 wurde dieser Schritt überausweniglich gefeiert.

In den nationalführenden Arbeiterkreisen herrschte einmütige Begeisterung. Die Abgeordneten und führenden Vertrauensmänner ließen sich sofort zum Wehrdienst; in den Gewerkschaften stellten sich klassende Lücken ein: 11000 Mitglieder rückten in den ersten Monaten ins Feld. Bei den jüngeren Jahren stehenden Handlungsgehilfen erreichte der Ausfall 55,2 Prozent der gesamten Mitarbeiterschaft.

In den ersten drei Kriegsjahren blieb das Parlament ausgeschaltet. Die Partei- und Gewerkschaftsforderungen wurden hauptsächlich von den Eisenbahnern vertreten, die vom Kriegsdienst befreit waren.

Im Mai 1917 begann mit der Wiedereröffnung des Parlamentes ein regeres Leben in den Organisationen. Verwundet, frontdienstuntauglich und beurlaubt, kamen nach und nach Vertrauensmänner zur alten Arbeit zurück. In der Partei- und Gewerkschaftszentrale sowie in den Landesverbänden fanden Beratungen und Tagungen statt, wie das wirtschaftliche Verelendung des Volkes bis zum Abschluß des Krieges gemildert werden konnte.

Kurisch trat am 26. Juni im Abgeordnetenhaus mit einer grundsätzlichen Rede für die Änderung der Staatsverfassung und die Autonomie der Völker ein. Eine Parteikonferenz in Linz erließ einen Aufruf für die Erhaltung der Volkseinheit bis zum Friedensschluss.

Am 5. Mai 1918 wurde als letzter im alten Österreich der Reichsparteitag zu Wien abgehalten. Er beschloß auf Grund eines Antrages von Hg. Hans Krebs die Erweiterung des Programms und die Änderung des Namens der Partei in

„Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei.“

Die weitere Aufgabe dieser Tagung bestand in der Ergänzung des Parteiprogramms durch die Forderung scharferer Bekämpfung des arbeitslosen Einkommens und der Abhängigkeit des Staates von den jüdisierten Weltmächten mittels einer Bodenrechts- und Geldreform.

Mit dem Reichsparteitag 1918 in Wien befand sich die Partei an einem geschichtlichen Abschlusse, denn ein halbes Jahr danach waren für die fernere Arbeit des sudetenlandischen und des deutsch-österreichischen Zweiges völlig veränderte Voraussetzungen in zwei Kleinstaaten gegeben.

Österreichs Ende.

Im November 1916 starb Kaiser Franz Joseph, und sein Neffe Karl war ausersehen, die 630 Jahre währende Herrschaft der Habsburger über das Völkerreich zu beendigen. Der junge Kaiser, durch seine Frau in das deutschfeindliche Netz der Familie Parma-Bourbon eingekoppelt, suchte alsbald auf geheimen Wegen, hinter dem Rücken seines reichsdeutschen Verbündeten, mit den Feindmächten in Verbindung zu kommen. Seine im belgischen und französischen Heere kämpfenden Schwäger (Erich-Prinz) sollten vermitteln. Der eindeutige Verrat rettete das Haus Österreich nicht mehr.

Am 16. Oktober 1918, als sämtliche Völker Österreichs an den Fronten und in ihrer Heimat bereits zum Auszug aus dem alten Vaterlande ins neue Reich ihrer Zukunft rüsteten, erließ Karl der Letzte noch ein denkwürdiges Manifest an „seine“ Völker, das sie einlud, einige selbständige Nationalstaaten auf dem Boden der österreichischen Reichshälfte zu begründen, indessen die ungarische Reichshälfte ungeteilt unter magyarischer Oberherrschaft verbleiben sollte. Die galizische, die sudetenslawische und die Triester Frage blieben in dem Manifest des Hilfslosen gleichfalls ungelöst. Der ganze Plan des „Umbaues“ der Hausmacht war der Stunde angepöht und bedeutete eine kindische

Halbheit. In Wien, Budapest, Agrar, Triest, Prag, Lemberg u. s. w. kümmerte sich kein Mensch mehr um die Dynastie. Der Zerfall in unabhängige Völkerstaaten vollzog sich binnen Tagen ohne eine Traurigkeit für Habsburg und die lange Vergangenheit.

Deutsch-Österreichs Wille.

Das Erbe Österreich-Ungarns fiel sieben Nachfolgestaaten zu. Davon hat die Tschechoslowakei 3,5 Millionen Sudetendeutsche vom geschlossenen deutschen Lebensraum in Mitteleuropa künstlich abgetrennt, Sudetenslawen Teile von Steiermark und Kärnten, Italien nahm Südtirol. Als rein deutscher Staat blieb das arg verkleinerte Österreich zurück. Sein Geburtstag war der 21. Oktober 1918. An diesem Tage versammelten sich in Wien 200 deutsche Abgeordnete des letzten österreichischen Reichsrates und beschloßen auf Grund des von der Weltverteilern verkündeten Selbstbestimmungsrechtes aller Völker die Wiederaufnahme eines Staates Deutsch-Österreich, dem rund 6 Millionen Alpen- und gegen 4 Millionen Sudetendeutsche des aufgelösten Habsburgerreiches aus freiem Willen angehören wollten. Die deutschen Sudetenländer befaßen zwar mit dem Staate ihrer Wahl nur einen unmittelbaren räumlichen Zusammenhang durch Sudeteböden und durch Sudetengrenzen; von ihrer Muttervolke im Reich trennten sie aber die niederen Höhen des Erz- und Riesengebirges und der Sudeten nicht. In der Gründung der Republik Deutsch-Österreich lag geschichtlicher Sinn: sie sollte als Ganzes ein Glied des gesamtdeutschen Vaterlandes werden.

Leider befehlte die 200 deutschen Abgeordneten, sechs Parteien angehörend, nicht der leidenschaftliche Kampfeswille zur befreienden Tat. Die Sitzung dauerte nur eine Stunde. Alle Redner ließen die bedeutendste Grund- und Lebensfrage des neuen Staates offen. Da ergriß der deutsche Nationalsozialist Kurisch in dem schüchtern erwägenden Kreise das Wort zu der erlösenden Erklärung: „Wir nationalen Sozialisten lehnen den Gedanken an eine Vereinigung Deutsch-Österreichs zu einem Staatenbunde mit den aus dem alten Österreich erhebenden slawischen Staaten von vornherein ab. Im nationalen, sozialen und kulturellen Interesse fordern wir den staatsrechtlichen Anschluß Deutsch-Österreichs als Bundesstaat an das Deutsche Reich.“

Nur im deutschen Einheitsstaat

Können wir Osmarndeutsche die baldige Verwirklichung jener staatssozialistischen Grundfrage erblicken, welche die Wunden dieses Krieges heilen und unser Achtzigmillionenvolk der Arbeit einer glücklichen Zu-



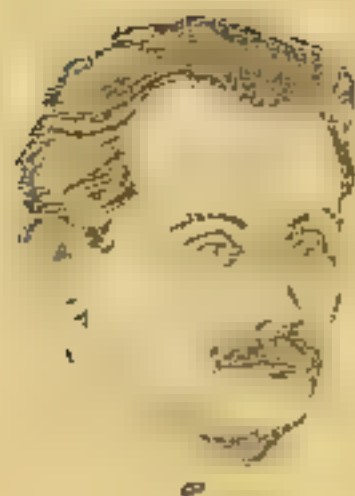
Rudolf Jung
(geb. 1882)

Der letzte Führer der NSDAP in den Sudetenländern, Abgeordneter zum Prager Parlamente 1920-1933



Hans Krebs
(geb. 1888)

Organisationsleiter, Abgeordneter zum Prager Parlamente 1925-1933



Alois Eider
(geb. 1883)

Verfasser des Parteiprogramms der „Deutschen Arbeiterpartei in Österreich“

Zeichnung von E. S. Dr. v. L. Strach

frucht entgegenzuführen werden. Es lebe das freie, soziale Alldeutschland!“ Der einstimmige Beschluß dieser provisorischen Nationalversammlung der Republik Deutsch-Österreich lautet dann: „Das deutsche Volk in Österreich ist entschlossen, seine künftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbständigen deutsch-österreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den anderen Nationen durch freie Vereinbarungen mit ihnen zu regeln. Der deutsch-österreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern. Jeder Annexion von Gebieten, die von deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern bewohnt werden, durch andere Nationen wird sich der deutsch-österreichische Staat widersetzen.“

Nach allem, was sittliches Völkerrecht und Völkerfreiheit beansagen, gehörten nun die sudeten-deutschen Volksgebiete kraft des unanfechtbaren Willens ihrer gesamten Bevölkerung zur Republik Deutsch-Österreich. Da deren Volksvertretung am 12. November 1918 einstimmig im Staatsgrundgesetz den Artikel zum Beschluß erhob: „Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik“, waren die deutschen Alpen- und Sudetenländer von diesem Tage an bis zum 24. September 1919 auch Teile des Deutschen Reiches. Erst durch die Unterwerfung Deutsch-Österreichs unter das Friedensedikt von St. Germain, das der verarmte, hilflose Staat hinnehmen mußte, lösten sich die rechtlichen Bande, freilich, ohne die Stimme des Blutes und den Anschlußwillen im Herzen des

ganzen Volkes zu ersticken. Nach Jahrhunderten gemeinsamer Kämpfe schieden Alpen- und Sudeten-deutsche, erzwungener Staatsangehörigkeit folgend, es teilte sich auch die nationale Arbeiterbewegung in zwei Armeen, die aber beide unbeirrt in einer Richtung dem einen festen Ziele zustrebten.

Gewalt gegen Volkswille.

Es ist eine bewußte Fälschung der alljudischen internationalen Propaganda, daß der reichsdeutsche Nationalsozialismus heute in Österreich und morgen in die Tschechien „einzubrechen“ wolle. Aus den voranstehend geschilderten geschilderten Tatsachen geht klar hervor, daß die nationalsozialistischen Gedanken seit Jahrzehnten sowohl im heutigen Österreich, wie in den Sudetenländern in verschiedenem Ausdruck bodenständig und lebendig waren. Als daher im natürlichen Widerhall der nationalsozialistischen Erhebung im Reich auch das Grenzdeutschtum an der Donau und Elbe in mächtige Bewegung kam, handelte es sich

nicht um eine künstliche Einfuhr revolutionärer Propaganda für das neue Deutsche Reich,

sondern um die Durchsetzung alter Lebensforderungen der deutschen heimatliebenden Bevölkerung in den beiden Staaten. Beiderseitige Gerubel unter deutschen Menschen lassen sich freilich nicht unterdrücken und fallen vernunftmäßig nirgends in der Welt unter ein Strafgericht. Alle politische Verantwortung für die in tausendjähriger Schicksalsgemeinschaft wurzelnden Einheitswünsche der geschlossen lebenden Deutschen

Mitteleuropas ruht einzig und allein auf deren Verkündern und nicht auf einer Regierungsmacht.

Im verkleinerten, aber rein deutschen Österreich bestand nach dem Umsturz des Jahres 1918 die volkliche Arbeiterbewegung in ihren alten politischen und beruflichen Verbänden und Gemeinwesen fort. Erst Mai 1926 hatten sich die Nationalsozialisten bei der Bewegung ummischbar Adolf Hitler und seinen Mandatär Dienststellen angeschlossen. Sie verdrängten kleine Gruppe „Selbständiger“ österreichischer Nationalsozialisten aus der Szene der Völkerei. Die österreichischen Kampfe des österreichischen Nationalsozialismus um die Macht bilden ein düsteres Kapitel der jüngsten gesamtdeutschen Geschichte. Ein Versuch, im Juli 1934 die Macht zu erreichen und Österreich national zu retten, wurde durch schwere Verbrechen der Partei, die ungeheuren Zustrom aus allen Kreisen der Bevölkerung erhalten hatte. Bis zum Herbst 1934 verfielen von 759 Angeklagten 31 einem Todesurteil, 42 wurden zu lebenslänglichem Kerker, die übrigen zu 2967 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Dreizehn Angeklagte starben am Galgen. Vom 15. März 1933 bis Ende 1934 nahm die Wiener Staatspolizei 19090 Verhaftungen und 46582 Hausdurchsuchungen von Nationalsozialisten vor. Die Zahl der Entlassungen, Entlassungen u. dgl. war kaum abzumachen. Am 19. Juni 1933 erfolgte das allgemeine Verbot der Partei, während die volklichen Gewerkschaften mit 54000 Mitgliedern nach mehr als dreißigjährigem Bestande der behördlichen Auflösung anheimfielen.

Im tschechischen Staate erfolgte die Auflösung der sudetendeutschen nationalsozialistischen Partei am 11. November 1933. Vorher schon wurden die Abg. Krebs, Jung, Schönbart und Kasper verhaftet, alles Parteivermögen beschlagnahmt, die Presse eingestellt, die Führer und mehr als 2000 Vertrauensmänner eingekerkert, die volklichen Gewerkschaften mit 100000 Mitgliedern aufgelöst. Zuletzt erfolgte die Aberkennung der den Nationalsozialisten von hunderttausenden Wählern anvertrauten Mandate zum Senat, Abgeordnetenhaus, in die Landes- und Gemeindeverwaltungen sowie sämtliche öffentliche Verwaltungsverrichtungen.

Die Saat des Nationalsozialismus im Sudetendeutschtum ging dennoch auf. Das politisch gequalte und wirtschaftlich verelendete Volk von 3,5 Millionen hat in seinem Hause den internationalen Marxismus und den politischen Klerikalismus vernichtet und sich zur kampfschlossenen nationalpolitischen Einheit durchgerungen. Sein freies Lebensrecht ist ein Stück der großen deutschen Frage in Europa.

Lehren der Geschichte.

Um Habsburgs Staatsgedanken und seine „deutsche Sendung“ haben sich in alter und neuer Zeit viele berufene und unberufene Federen bemüht. Läßt man die Tatsachen sprechen, um an den Früchten den Baum zu erkennen, so dient dieses Haus fast immer nur sich selbst. Als gefügiges Werkzeug der internationalen römischen Kirche, die durch Jahrhunderte seiner Politik Ziele und Wege gab, brachte es Habsburg Verbündeten Bourbonen Parma bis zum Ende seiner Hausmacht weder in seinem volkerbunten Staate, noch in den großen Entscheidungen Europas (Reformation, deutsche Erregung, Völkerfragen) zu einem schöpferischen Programm. Zwar bemühen sich einige berufsmäßige Geschichtsschreiber unserer Tage, in die Habsburgerer nachtraglich weitschauende und edle Absichten hineinzuzeichnen. Solche mehr literarische Liebhaberei besteht jedoch vor dem strengen Richterstuhl der geschichtlichen Entwicklung niemals. In den geistig bedeutungslosen Zirkeln der Habsburgstrenge führt nach wie vor der ausgreifende politische Katholizismus das laute Wort und versucht, gegen den nationalsozialistischen Volksgedanken die besondere „nationale Danksagung“ der Dynastie in Vergangenheit und Zukunft auszuspielen. Ein dürftiges Wortspiel! Wenn das habsburgisch besetzte deutsche Kaiserium vor Jahrhunderten im Völkergehirn des Sudostens germanisieren konnte, war es doch nur die damalige Kultur, der weite Bereich der Sprache und der Überschuß an Kolonisationsfähigen Menschen, denen dieses bedeutende Werk gelang. Im Erwachen der slawischen und romanischen Völker des Donauraumes ermißelten sich die Habsburger, wie wir gesehen, völlig unfruchtbar und hilflos.

Zwölf Millionen Deutsche, davon zehn Millionen vom geschlossenen Lebensraum des mitteleuropäischen Deutschentums, waren bis 1918 im Bannkreis des Gewordenen gefangen. Schwer und drückend wurde den Deutschen unter Habsburg ihre völkische Selbstbehauptung gegen die Privatbedürfnisse des gesinnungslosen Herrscherhauses und den elementaren Ausdehnungsdrang der fremdvölkischen Hausgenossen. Jeder von diesen begehrte die Fudrung und womöglich den Raum des ganzen Hauses für sich. Für gemeinsame Arbeit unter der einzig denkbaren Anerkennung der höchsten, der deutschen Kultur wollten sich die kleinen Zweige und abgeplitterten Volksstämme nicht entscheiden, und die beschränkte Weisheit der gekrönten Herrscher forderte unfähig und zitternd die allgemeine Zerfetzung.

Der natürliche deutsche Einheitsglaube harrete in allen Teilen, Schichten und Lebensaltern des Grenzdeutschentums seit der widernatürlichen politischen Trennung wenigstens der kulturellen Erfüllung, wie sie mit dem Abkommen des Jahres vom 11. Juli 1936 begonnen wurde.

Österreichs Heer

Ostmarkdeutsches Heldentum

Die Anfänge eines stehenden österreichischen Heeres reichen ins 17. Jahrhundert zurück, in dem Kaiser Ferdinand III. nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges anordnete, daß von den Landsknechten Wallensteins eine Kerntruppe zurückbehalten werde, um weiter zu dienen. Wohl finden sich auch schon bei Albrecht von Wallenstein, Herzog von Friedland (1583–1634), Ansätze zu einer ständigen Wehrmacht, die trotz der Ausbringung der Bestände durch Landsknechte durch die gesamtdeutsche Gefinnung ihres Oberbefehlshabers ein gewisses einheitliches deutsches Gepräge erhält, allem „auf dem Fusse stehen bleibende“ Regimenter gab es erst seit 1649. Diese bestanden im wesentlichen aus deutscher Mannschaft und bildeten die Keimzelle der Wehrmacht, mit der später Maximilian Graf von Montecuccoli (1609 bis 1680) seine Siege gegen die Franzosen und Türken errang. Prinz Eugen von Savoyen (1663 bis 1736) baute dieses Heer weiter aus, indem er besonders auf straffe Mannesucht hielt und sein Augenmerk auf einen lauberen Disziplinarstand richtete. Unter seinen Befehlshabern finden sich neben Italienern, Wallonen und Magyaren auch deutsche Kurfürsten. Die rund 170000 Mann seines Heeres setzen sich in erster Reihe aus Deutschen, dann auch aus Italienern, Wallonen, Magyaren, Serben und Kroaten zusammen. Neben diesem stehenden Heere gab es noch die sogenannten Grenzer, an der Militärgrenze im Südosten des Reiches, eine deutsch-romanisch-slawisch-mongolische Mischbevölkerung, die sozusagen als Freischärler den ersten Stoßtrupp gegen die vordringenden Türken bildeten. War diese Wehrmacht Prinz Eugens, die nur durch die einheitliche deutsche Weisheitsgewalt und Disziplin zusammengehalten wurde und die glän-

zenden Siege gegen die Türken errang, schon farblich genug zusammengewürfelt, so wurde dieses Bild noch bunter, seit durch die Gewinnung Galiziens auch Polen und Ruthenen ins Heer kamen. Sidi von Freiherr von Laudon (1717–1790) ist der vierte große General der österreichischen Armeen. Ihm lag u. a. der Ausbau des Feldgehüdnheitsdienstes sehr am Herzen. Kaiser Joseph II. verfügte, daß die Dienstsprache der Wehrmacht, die sich auch aus reichsdeutschen „Berberations“ ergänzte, — der Amtssitz des „Reichswerbungsdirektors“ war in Frankfurt a. M. — die deutsche sei.

Als Kaiser Franz 1806 seiner Würde als deutscher Kaiser entsagte, fand diese Ergänzung der österreichischen Wehrmacht aus reichsdeutschen Mannschaften ein Ende, und nun begann sich mehr und mehr ein eigentliches österreichisches Heer auszubilden; doch gehörte dieses mit drei deutschen Armeekorps auch weiterhin bis 1806 dem deutschen Bundesheere an. Unter ihrem Oberbefehlshaber Erzherzog Karl (1771–1847) erhält nun die österreichische Wehrmacht, die in den napoleonischen Kriegen auf 650000 Mann anwächst, ihr richtiges österreichisches Gepräge. Erst zeigt sich noch eine durchaus deutsche Haltung, doch tritt im Laufe des 19. Jahrhunderts mehr eine Rückbildung im Sinne habsburgischer Slavifizierungsbestrebungen ein. Erzherzog Karl führt drei Neuerungen ein: die Übermacht des schwerfälligen Hofkriegsrates wird eingebremst und damit dem Oberbefehlshaber mehr Bewegungsfreiheit eingeräumt; außerdem erlangt die Feldzeugmeisterei selbständige Bedeutung; schließlich wurde die sogenannte „Reserve“ und die „Landwehr“ als Ergänzung des Feldheeres eingerichtet.

Feldmarschall Josef Wenzel Graf Radetzky (1766–1858) hatte es bereits mit einem Heere zu tun, das in seiner Mehrheit aus Slawen, Magyaren und Romanen bestand, doch war das Offizierskorps noch zum größeren Teile aus Deutschen zusammengesetzt; die Bindung an das habsburgische Herrscherhaus wurde in einer der grundlegenden Strömungen in diesem neuen Heere. Als

1868 die allgemeine Wehrpflicht

eingeführt wurde und sich nun zwangsläufig das österreichisch-ungarische Heer aus Deutschen, Magyaren, Romanen (Italienern, Ladinern und Rumänen) und Slawen (Tschechen, Polen, Slowaken, Ruthenen oder Ukrainern, Serben, Kroaten und Serben), also aus zwölf Völkern erganzt, machte sich das Übergewicht der Slawen immer mehr und mehr fühlbar. Die ursprünglich einheitsliche deutsche Dienstsprache mußte nach dem Ausgleich mit Ungarn fallen, da Ungarn auf seine volkliche Rechte pochte. Wohl blieb die deutsche Dienstsprache in dem gemeinsamen k. u. k. Heere und in der k. k. österreichischen Landwehr bestehen, doch wurde in der königlich ungarischen Landwehr das Magyarische und in den aus Kroaten sich ergänzenden Truppenkörpern der ungarischen Landwehr das Kroatische als Dienstsprache eingeführt, womit die Einheit endgültig zerrissen war. Es gab auch nicht mehr nur einen Kriegeminister, sondern drei: einen für das gemeinsame k. u. k. Heer, einen für die k. k. österreichische und einen für die k. ungarische Landwehr.

Aber auch der Grundsatz der deutschen Heeresprache wurde in der Folgezeit mehr und mehr durchbrochen und der Abgeordnete Armand Feiler, v. Dumreicher führte vor der Delegation zu Ofen, Pest am 20. November 1886 herabwiegliche Klage über den Entdeutschungsvorgang im ganzen Reiche, vor allem in der Wehrmacht: „Wie sahen die staatlichen Faktoren in Österreich diese Aufgabe, das unentbehrliche Verständigungsmittel im Dienste immer mehr zum Gemeingut der Dienenden werden zu lassen, zu lösen gesucht? Sie haben alle Veranlassungen getroffen, daß, je größer der Kreis der Dienstpflichtigen im Volke wurde, desto mehr der Kreis derjenigen Bevölkerung sich verengerte, welche die Dienstsprache kann... Ganze Bevölkerungsgruppen und ganze Schichten, in denen die Heeresleitung seit Menschenaltern gewohnt war, geeignetes Chargenmaterial vorzufinden, büßen nun ihre Qualifikation ein... In keinem Staate Europas kommt es wieder vor, daß in ständigen inländischen Garnisonsorten keine einzige öffentliche Schulein-

richtung zur Verfügung steht, an der die Nachkommenenschaft der Militärfamilien in der Dienstsprache des vaterländischen Heeres den Unterricht empfangen konnte. Denn wenn sie (die Kinder) bei den Eltern bleiben, so kann es bei mehrmaligem Garnisonswechsel derselben ihnen begegnen, daß sie einen in tschechischer Sprache begangenen Bildungs-

gang polnisch fortsetzen und italienisch vollenden sollen, ... ganz davon zu schweigen, daß sie vielleicht an keiner der verschiedenen Schulen, an die sie das Geschick versetzt, die entsprechende Ausbildung in der Dienstsprache des Heeres erlangen.“ Da den Vorlesungen der deutschen Abgeordneten nicht Gehör geschenkt wird und die slawischen Minister ihre Slawifizierungsbestrebungen immer stärker betreiben, tritt auch im Offizierskorps ein starker Wandel in der volkweisen Zusammensetzung ein. In den neunziger Jahren waren noch drei Viertel des Offiziersstandes Deutsche, bei Kriegsausbruch 1914 nur mehr ein Viertel.

Mit dieser Wehrmacht trat Österreich-Ungarn an der Seite des Deutschen Reiches, der Türkei und Bulgariens in den Weltkrieg. Die Kriegsstärke hatte 414000 Mann betragen, die nach der allgemeinen Aufrüstung auf einen Kriegstand von 1400000 Mann gebracht wurde. Von den zwölf Völkern waren unbedingt verlässlich nur die Deutschen, die in den Krieg zogen, weil sie an der Seite der deutschen Brüder aus dem Reiche kämpfen konnten, ferner die Magyaren, die allein in der Bundesgenossenschaft mit dem Deutschen Reich zu behaupten rechneten, die Kroaten aus alter Anhänglichkeit an das Haus Habsburg und aus dem Gegensatz gegen die Serben heraus, schließlich die Ladinern aus Haß gegen die Italiener. Die Italiener im österreichischen Heere konnten nicht verlässlich sein, weil sie auf die Verem-



Kaiser Joseph II.

Zeichn. v. d. Schörf v. 18. Jahrh.

Mit übermenschlicher Kraft stemmte sich der „Freund der Menschen“ gegen die Fahrlässigkeit der Vorgesetzten und suchte in einem Jahrzehnt einzuführen, was Jahrhunderte vormals versäumt hatten. Der folgende Menschenspiegel 3-2

nung mit dem Mutterlande rechneten; die Slowenen und Serben standen mit ihrem Herzen auf Seite eines erhofften großserbischen Staates; die Tschechen waren die unversöhnlichsten Gegner des österreichischen Staates, dem sie ihr böhmisches Staatsrecht entgegenstellten, und neigten zu offenem Verrat, wie denn auch ganze Truppenteile, z. B. das Infanterie-Regiment 28, zu den Russen übergingen und dann als Tschechische Legionäre gegen die Mittelmächte kämpften. Die Slowaken, an sich harmlos, wurden von den Tschechen ins Schlepptau genommen. Große Verrätereien begingen die Ukrainer, deren Popen mit den Russen gemeinsame Sache machten, während die Polen in dem österreichischen Staate wenig Anlaß zur Vaterlandsliebe fanden und auf die Wiederrichtung Großpolens hofften. Die Rumänen ließen sich von ihrem Haß gegen die sie veragewaltigenden Magyaren bestimmen, neigten aber im Verlauf des Krieges dem Plan eines großrumänischen Staates mehr und mehr zu.

Die Staatsleitung und Heeresführung sah sich unter diesen Umständen genötigt, die Truppenteile so zusammenzustellen, daß in jedem Regiment die Verlässlichen die Unverlässlichen überwiegen, was nicht leicht war. Denn in 60 von den 141 Infanterie-Regimenten erreichte die deutsche und ungarische Mannschaft 45 v. H., während in den übrigen Truppenteilen die Slowaken oder Rumänen überwiegen. Die Deutschen und Magyaren zusammen machten nur gut ein Drittel der gesamten Mannschafstabelle aus. Es gab Regimenter, in denen fast alle Völkerstämme des Reiches vertreten waren, dafür waren die Ulanen-Regimenter fast rein, die Dragoner-Regimenter vorwiegend slawisch, die Husaren-Regimenter und die Heubeele durchaus magyarisch. Dabei durften natürlich nicht Österreichische gegen Reichsitaliener, Österreichische gegen Reichserben, österreichische Ukrainer gegen Russen und russische Ukrainer usw. eingesetzt werden, weil es sonst erfahrungsgemäß glatt zu Verbrüderungen der beiden Fronten kam.

In diesen inneren Schwierigkeiten gesellten sich auch noch äußere. Die den Wehrfragen des Reiches gegenüber verständnislosen, ja verständnisunwilligen Parlamentarier knüpften an die Bewilligung der Wehrmachtsauslagen ständig neue nationale Forderungen, wobei insbesondere die Tschechen vorangingen. Außerdem machte sich eine gewisse Eifersucht und Furcht der habsburgischen Herrscher gegenüber den Oberbefehlshabern der Wehrmacht bemerkbar und wirkte hemmend auf deren Befehlsgewalt. Erzherzog Karl trat deswegen unter Kaiser Franz Josef. Feldmarschall Benedek hatte wegen der beim Heere anwesenden Erzherzöge keine Bewegungsfreiheit, der Chef des Generalstabes im Weltkrieg, Franz Conrad von Höndorf (1852

bis 1925), hatte ständig Meinungsverschiedenheiten mit dem Heerführer und wurde unter Kaiser Karl einfach abgesetzt. Und Conrad war in der Schicksalsstunde Österreichs 1914 wohl der stärkste Mann des Reiches gewesen, Feldherr und Staatsmann zugleich, der ein treuer Verteidiger des Bundes mit dem Deutschen Reiche war und auf Modernisierung des österreichisch-ungarischen Generalstabes, bessere Ausbildung, Bewaffnung und Veranlagung des Heeres und Ausgestaltung des Kriegswesens — namentlich gegen Italien — sein Hauptaugenmerk legte. Seine Erinnerungen, „Aus meiner Dienstzeit 1906 — 1918“, gewähren reiche Aufschlüsse zur Kenntnis der Zeitgeschichte.

Und trotzdem hielt die österreichisch-ungarische Wehrmacht im ganzen Weltkriege durch und bewahrte sich als treuer Bundesgenosse des Deutschen Reiches, was nur durch die ständige Einsatzbereitschaft der deutschen Regimenter, die sich aus der deutschbewussten alpen- und subalpinen Bevölkerung ergänzen, ermöglicht wurde. Selten durften sich diese einmal in einer Reservestellung Ruhe und Erholung gönnen, immer gab es in der Front vorne neue, durch Verrätereien entstandene Lücken, die sofort durch eingesetzte deutsche Truppen ausgefüllt werden mußten. Schließlich hatten die österreichisch-ungarischen Heere gleich zu Kriegsbeginn durch den zu sehr ausgebildeten Anarchisgeist so ungeheure Verluste, daß die besten Kerntruppen schon bei der Offensive im Sommer 1914 gegen Rußland dahingerafft wurden. So kam es, daß in Kriegsende ganze Dörfer im Egerlande oder in Tirol, Kärnten usw. ohne Männer dastanden, während die tschechischen Legionäre, aus Rußland „Heimreich“ zurückkehrend, die deutschen Gebiete in Böhmen und Mähren überdramatisierten. Die amtliche Verlustliste spricht die deutsche Sprache über die Kriegsführung des Deutschen Wehrmannes in Österreich-Ungarn: Von den 12 Millionen Deutschen des Gesamtreiches waren 500 000 auf dem Felde der Ehre gefallen, etwa das Vierfache davon gab es an Verwundeten und Erkrankten, was einem Hundertsatz von 20 v. H. an Verlusten der deutschen Gesamtbevölkerung entspricht. Die Kärntnerischen Truppen hatten, um ein Beispiel herauszugreifen, auf tausend Mann 38 Tote!

Dem reichsdeutschen Kriegskameraden waren manche Vorgänge an den Fronten des österreichischen Bundesgenossen nicht immer verständlich, da er nicht den Einblick in die verwickelten Völkerverhältnisse des österreichisch-ungarischen Staates hatte. Erst seit Kriegsende ist eine Aufklärungsarbeit hierüber möglich geworden. Aber erst seit dem Aufbruch der Nation ist es besser geworden in der Bruder-Einn, und sie wissen, daß der deutsche Kamerad an der österreichischen Front litt und weiter leidet um des deutschen Volksgedankens und der deutschen Blutsgemeinschaft willen.

Ist solcher Minderstand wirklich nur aus geographischen, geologischen, historischen, sozialen und politischen Verhältnissen zu erklären? Das wäre zu starke Verengenheit im Glauben an die Umwelt. Man hat oft behauptet, die Katholiken waren bei Beförderungen von Ämtern übergegangen. Sicher ist es nicht selten vorgekommen, daß auch bei gleicher Eignung ein Katholik hatte zurückzubleiben müssen. Nicht selten ist das aber auch den Protestanten in katholischer Gegend geschehen. Aber wenn der Minderstand der Katholiken in absichtlicher „Inparität“ begründet wäre, dann müßten doch die angeblich zu Unrecht Ferngehaltenen in Mengen anderswo ausgeglichen sein, etwa gerade in den freien Berufen. Aber auch bei diesen besteht der weite Minderstand.

Es gibt keine andere Deutung, als daß auf der katholischen Seite das Angebot an entsprechend Begabten und Hochbegabten gegenüber dem Angebot auf der protestantischen Seite zurückgeblieben ist. Dieses zahlenmäßige Minderangebot kann nur mit biologisch-anlagenmäßigen Minderständen ausreichend begründet werden. Jede Deutung, die nicht stärkste Mitwirkung der biologischen Auslese voraussetzt, ist wiederholter Abfall gerade am wichtigsten Erbgut, in unzulänglicher Weise. Man muß sich nur immer wieder vor Augen halten, daß aus der Minderung des Bestandes an Hochbegabten durch den Zölibat der katholischen Geistlichen um 7,7 v. H. je Generation seit der Reformation ein Verlust auf der katholischen Begabtenseite von etwa 62 v. H. entstanden ist, der die evangelische Seite nicht getroffen hat. Im Gegenteil, die Fruchtbaren der protestantischen Pfarrerebene liegt weit über derjenigen der übrigen geistigen Berufsgruppen. Man hat festgestellt, daß über die Hälfte der Männer, die nach dem Dreißigjährigen Kriege als geistig Führende die deutsche Kultur wiederaufgebaut haben, Kinder aus protestantischen Pfarrhäusern waren. Und weil nicht nur die Pfarrer selbst eine weit überdurchschnittliche Begabtenauslese darstellen, sondern auch die Pfarrersfrauen durchweg nach geistigen Maaßen ausgewählt werden (mit Rücksicht auf ihre Aufgaben in der Gemeinde), so ist es verständlich, wenn bei Ausleseausgaben über das ganze Land weg in Sachsen die Pfarrersöhne die höchste geistige Rangstufe darstellten.

	Rangstufe
Söhne von Geistlichen	74
„ „ Hochschuldirektoren . .	70
„ „ höheren Lehrern . . .	67
„ „ höheren Beamten . . .	60
„ „ Volksschullehrern . . .	58
„ „ leitenden Angestellten .	54

Also Gewinne an geistigem Erbgut aus den protestantischen Pfarrhäusern — und schwerer, immer wiederholter Verlust aus dem Zölibat! Das ist

die Erklärung des Minderstandes des katholischen Volksteils in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung.

Man sage nicht: die paar Pfarrer! Sie sind wenige im Blut auf ganze, aber sie sind ein ungeheurer großer Teil der katholischen Begabtenauslese überhaupt.

Da der katholische Volksteil ein Teil des deutschen Volkes ist, bedeutet eine volkbiologische Schädigung dieses Volksteils gleichzeitig eine Schädigung des Ganzen. Inwiefern ist der Zölibat nicht nur eine innerkirchliche Frage.

Es wird in einer Zuschrift darauf hingewiesen, daß der Führer in „Mein Kampf“ den katholischen Pfarrerstand als eine Auslese betrachtet habe, die für die innere und äußere Machterhaltung der katholischen Kirche von höchster Bedeutung sei. Solche Bedeutung des Pfarrerstandes war von mir in meinem Aufsatz in den Reichsbildungsbriefen Folge 7/37 nicht im geringsten bestritten worden. Der Hinweis auf die Bedeutung des Pfarrerstandes widerspricht aber in keiner Weise der Tatsache, daß durch die ausgesprochene Konzentrierung der Auslese auf das geistliche Amt und durch das biologische Abschneiden gerade dieser Begabten-Erbketten auf die Dauer eine Minderung am besten Begabungserbgut eintreten muß. Wenn dem nicht so wäre, müßte die ganze Erbgutforschung unserer Tage, die doch gerade von katholischer Seite (Mendel) eingeleitet worden ist, ein Irrtum sein. Es mußte nicht wahr sein, daß von hundert begabten Männern mit hundert begabten Frauen mehr begabte Nachkommen kamen, als von hundert ehemaligen Hofschulern in Eben mit hundert ehemaligen Hofschülerinnen.

Die Tatsache, daß auf der katholischen Seite die höheren Kinderzahlen etwas länger bestehen geblieben sind als auf der protestantischen, kann den generationenlangen Zölibatverlust nicht ausgleichen, höchstens könnte diese Tatsache den Unterschied zwischen der katholischen und evangelischen Gesamtleistung etwas mindern. Es mag sein, daß dem Verlust an Begabungen, der dem Zölibat zuzuschreiben ist, ein gewisses Gegengewicht insofern gegenübersteht, als der Geburtenverfall, der mit der Jahrhundertwende eingesetzt hat, zuerst die „geborenen“ Klassen und damit stärker die nichtkatholische Seite betroffen hat als die katholische. Aber der Verfall schreitet doch sehr schnell fort, und heute ist in den ausgesprochenen Großstädten ein wesentlicher Unterschied in den Kinderzahlen der Katholiken und Nichtkatholiken kaum mehr vorhanden. Soweit Unterschiede noch bestehen, sind sie im wesentlichen in der nichtausgelesenen Bevölkerung auf dem Lande und in den Mittel- und Kleinstädten festzustellen. Wenn man auf katholischer Seite geltend

macht, daß der stärkere Geburtenverfall auf protestantischer Seite den Rückgang der Katholiken im Begabtennachwuchs auswiegt, so wurde das doch bloß besagen, daß man sich einer Parität auf der unteren Ebene der gleichen Ungunst näherte. Gemeinsamkeit des Verfalls bei beiden Kirchen (durch Zölibat einerseits, allgemeinen Geburtenrückgang andererseits) ist also wirklich ein bedenklicher Trost.

Sollen die weißen Völker leben, dann müssen eben alle Quellen des Erbgutverfalls verstopft werden, dann muß alles daran gesetzt werden, daß der gesunde und begabte deutsche Mann Familienvater sein mag. Was frühere Zeiten vielleicht sich gestatten konnten, nämlich bei dem früher reich quellenden Nachwuchs auf Kindernachwuchs aus den katholischen Pfarrhäusern und den geistlichen Orden zu verzichten, das geht heute nicht mehr. Wert schlimmer als die Tatsache, daß der zahlenmäßige Bestand der weißen Kulturvölker bedroht ist, ist ja doch die Bedrohung des Bestandes an solchem Erbgute, das nach seiner Begabung und geistigen Schöpferkraft die Kultur zu halten und zu fördern imstande ist.

Kann die weiße Klasse den Leistungsvorstoß nicht halten, mit dem sie als Minderheit den Men-

schenüberdruß der Farbigen in der Zukunft standhalten kann, dann ist es aus mit der Herrschaft des weißen Mannes in Wissenschaft und Kultur, aus mit der Herrschaft über die Güter dieser Erde! Und mehr als das steht in Gefahr. Das Dasein der weißen Völker als solches ist bedroht. Sie waren ja nicht die ersten, die untergegangen sind.

Wenn Völker untergehen, dann kommt das zu allererst vom biologischen Verfall an Zahl und an Anlage zur Kulturkraft. Um diese größte aller Sorgen handelt es sich, und nicht um Liebe oder um Gegnerschaft zur katholischen Kirche. Wer eine Einschränkung der katholischen Kirche für schädlich hält, gerät damit nicht die Kirche selbst an.

Das Problem des Zölibats ist nur ein Ausschnitt aus der großen Frage nach den „Angeborenen“¹⁾, ein Ausschnitt aus der Schicksalsfrage der weißen Völker. Es handelt sich also bei einer Prüfung der volkbiologischen Auswirkungen des Zölibats nicht um eine Geankerkunft gegen die katholische Kirche oder um eine religiöse Frage. Es handelt sich um eine Lebensfrage großer und wertvoller Volksteile, und darüber hinaus der weißen Völker überhaupt.



Mit jenem handgeschriebenen Brief Karls des Letzten von Habsburg, den er durch seinen Schwager Sixtus am 31. März 1917 dem Präsidenten der französischen Republik, Poincaré, überreichen ließ, hat der kaiserliche Verräter sein geistliches Verbrechen urkundlich bezeugt. In dem ersten „Sixtusbrief“ heißt es u. a.:

„Frankreich hat fernerseits eine große Widerstandskraft und einen prächtigen Elan gezeigt. Wir alle bewundern eifrig die herrliche, traditionelle Tapferkeit seiner Armeen und den Geist der Aufopferung im ganzen französischen Volk. Daher ist es mir besonders angenehm, zu leben, daß, obwohl wir derzeit Gegner sind, keine wirkliche Verschiedenheit in den Auffassungen und Bestrebungen mein Reich von Frankreich trennt, und daß ich berechtigt bin, zu hoffen, daß meine lebhaften Sympathien für Frankreich, vereinigt mit jenen, die in der ganzen Monarchie herrschen, für alle Zukunft die Wiederverkehr des Kriegszustandes, für welchen mich keine Verantwortung treffen kann, verhüten werden.“

Zu diesem Zweck, und um die Wirklichkeit dieser Gemüte genau auszudrücken, bitte ich Dich, geheim und inoffiziell Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, zur Kenntnis zu bringen, daß ich mit allen Mitteln und unter Anwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinen Verbänden die gerechten Rückforderungsausprüche

Frankreichs mit Bezug auf Elsaß Lothringen unterkriegen werde“ —

Eben kurze Zeit darauf konnte der kaiserliche Vertraute, Graf Erdody, in Wien melden, daß die Kaiserin Karl als Lohn für seine Dienste das „katholische“ Land Bayern und die „katholische“ Provinz Schlesien in Aussicht stellte.



Zu dem Springenschwa-Vertrag im Augustheft 1937 ist die auf Seite 322 rechts unten gebrachte Schwarz-weiß Skizze in folgender Form verändert:



¹⁾ Vgl. des Reichleiters Buch: Die Angebotenen, von B. A. in die glückliche Zukunft unseres Reiches, Lehmann, München.



Frankreich benützt den „Völkerbund“,

um die in den Gewaltverträgen des Jahres 1919 geschaffene Besitz- und Machtverteilung in Europa aufrecht zu erhalten, seine Pläne mit den Oststaaten, besonders mit der Tschechoslowakei und mit Sowjetrußland, fester zu verankern und das Deutsche Reich möglichst zu isolieren.

Darstellung unten:

Der „Völkerbund“ macht Sanktionen für England,

um Italien zu zwingen, seine Pläne in Äbessinien aufzugeben. Obwohl die englische Politik dabei den „Völkerbund“ ganz als Werkzeug und Mittel für ihre Zwecke ausgenützt hat, führte der Genfer Sanktionskrieg zu einem kläglichen Mißerfolg. Führertum und völkischer Lebenswille einer Nation erwies sich als Überwinder auch der größten Paktssysteme.



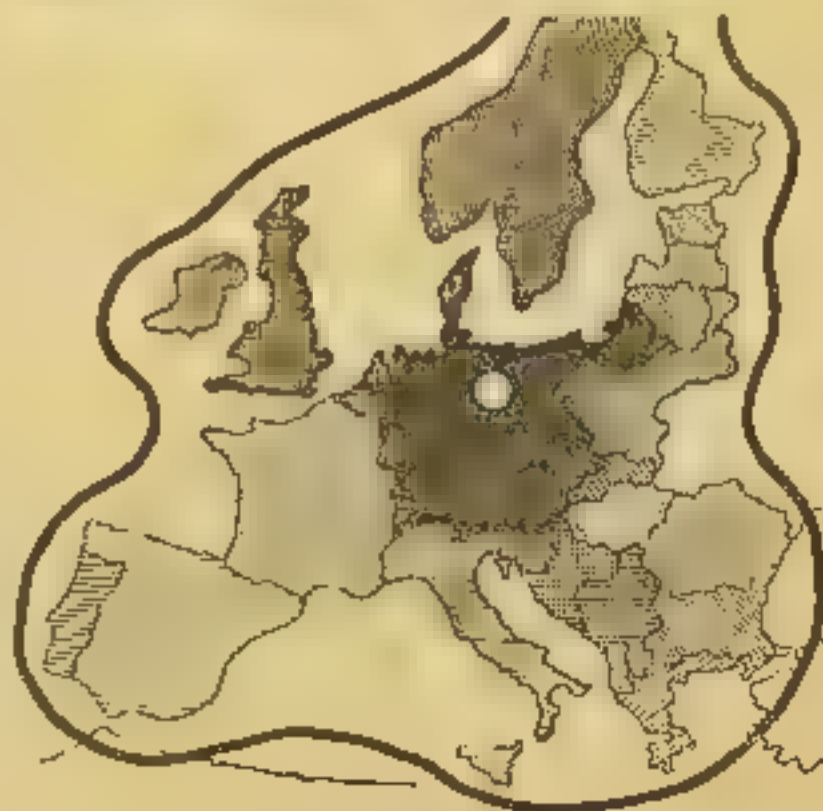
Die Sowjets sehen im „Völkerbund“

ein Aktionszentrum für ihre weltrevolutionären Pläne. An der Saar, in Danzig, im Memelgebiet, in der Tschechoslowakei, in Österreich schlichen sie über Genf deutsche Volksinteressen zu schädigen. In Verbindung mit Frankreich bereiteten sie von Genf aus ihr Eingreifen in Spanien vor.

Darstellung rechts:

Ein wirklicher „Bund der Völker“ in Europa

kann niemals ohne das deutsche Volk geschaffen werden, das durch seine Mittellage 12 Völkern Nachbar zu Lande, 6 Völkern Nachbar zur See ist, also fast ganz Europa in unmittelbarer Zusammenarbeit erreichen kann. Allen europäischen Nationen kommt der gewaltige Aufschwung des modernen Verkehrswezens im Dritten Reich mit zugute.



Deutschland

kämpft für Europa!

Geopolitische Tatsachen in Einzeldarstellungen von Karl Springenschmid *)

8. DER „VÖLKERBUND“ — SCHEIN UND WIRKLICHKEIT

Der letzte der 14 Punkte Wilsons

Im letzten jener 14 Punkte, mit denen Präsident Wilson am 8. Januar 1918 die Grundlage für einen allgemeinen Weltfrieden aufstellte, steht es: „Ein allgemeiner Verband der Nationen muß gebildet werden auf Grund besonderer Abkommen zwecks Gewährung gegenseitiger Garantien für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen wie der großen Staaten.“ Dieser Vorschlag wurde von den Politikern der Entente sogleich begeistert aufgenommen; denn er gab ihnen die Möglichkeit, eine überstaatliche Einrichtung zu schaffen, die ihnen den Besitz aller jener Gebiete garantierte, die sie sich in den „Friedens“-Verträgen widerrechtlich anzuueignen gedachten. Mit diese Wende konnten sie am besten den Rechtsbruch, den sie vorbatten, verhehlen und ihrer eigenen schrankenlosen Gewaltpolitik internationalen Rechtscharakter verleihen. Die Forderung Wilsons wurde also launlos und unmerklich so „gedreht“, daß sich die Siegerstaaten nun selbst durch einen allgemeinen Verband der Nationen die territoriale Unverletzbarkeit der als Kriegsbeute gewonnener Länder gegen eine garantierten. Wer von den kleinen und besiegten Nationen sich dann gegen diese Auffassung wehren wollte, konnte ohne weiteres des Friedensbruchs bezichtigt und durch die Strafbestimmungen dieses Verbandes zur Raison gebracht werden. So entstand jene „Société des Nations“ der Franzosen, jene „League of nations“ der Engländer, die der biedere Deutsche jener Zeit ahnungslos mit „Völkerbund“ überlieferte, eine ganz unrichtige Bezeichnung, die sehr viel dazu beigetragen hat, den wahren Charakter dieser Einrichtung zu tarnen. In Genf waren nicht die Völker selbst vertreten, sondern lediglich bestimmte Machtegrup-

pen, politische Organisationen und Interessenten und einflussreiche internationale Eliten. Der „Völkerbund“ war ein Bund der Regierungen gegen die Völker. Doch durch eine geschickte Propaganda verstanden es die maßgebenden Männer, den Völkern der Welt den Frieden, den sie schuldlos wünschten, als die Erhaltung der 1919 geschaffenen Macht- und Besitzverteilung hinzustellen. Durch diese künstlich ercugte „Völkerbund“-Ideologie fiel tatsächlich fast die ganze Welt auf den Betrug von Genf herein. Lediglich die Vereinigten Staaten von Nordamerika lebten es ab, dieser Einrichtung beizutreten, die nichts mehr mit den Vorschlägen Wilsons zu tun hatte.

Von Mißerfolg zu Mißerfolg!

Die Satzung dieses sogenannten „Völkerbundes“ wurde als Teil I den Verträgen von Versailles (Deutsches Reich), Saint-Germain (Österreich), Neuilly (Bulgarien) und Trianon (Ungarn) beigelegt. Damit wurde der Gedanke der internationalen Friedenssicherung mit dem größten Rechtsbruch aller Zeiten verbunden, und es war von vornherein klar, daß diese Einrichtung nur so lange bestehen würde, als diese Gewaltverträge bestanden, d. h. als die Siegerstaaten die Macht besitzen würden, diese Verträge aufrechtzuerhalten. In allen Fällen, wo es wirklich darum ging, nicht nur englische oder französische Interessen zu vertreten, sondern tatsächlich Recht zu schaffen, hat denn auch der „Völkerbund“ kläglich versagt. Das geschah nicht nur überall, wo es sich, wie in Danzig, an der Saar, im Memelgebiet und bei der Verwaltung der Kolonialmandate, um deutsche Interessen handelte. Der „Völkerbund“ war auch unfähig, den Streit um das Gran Chaco-Gebiet, der von 1928 bis 1934 zwischen Bolivien und Paraguay tobte, zu schlichten. Ebenfalls wenig konnte er 1932 den Eur-

*) Vgl. die Tatsachen auf Seite 210.

marsch der Japaner in die chinesische Mandschurei verhindern. Er versagte in der zwischen Litauen und Polen stehenden Litauische Frage, im Streit Finnlands um Ostkarelien, im Kampf um das Mosfugebiet und in so vielen anderen Fällen bis zu den jüngsten Kampfhandlungen zwischen Japan und China. Der Völkerbund war unfähig, die Rechte der Minderheiten zu schützen. Besonders dieser Kampf für das Lebensrecht all der zahlreichen Minderheiten Europas wäre seine vornehmste Aufgabe gewesen. Das Ansehen des „Völkerbundes“ nahm in dem Maße ab, als die Welt das Genfer Spiel durchschaute. 1928 meldete Brasilien seinen Austritt, im März 1933 Japan, am 14. Oktober 1933 das Deutsche Reich, das sich lange genug hatte in Genf übertölpeln und überbieten lassen.

Aber erfolgreich als Tarnung!

Frankreich sah in der Genfer „Ligue“ ein vorzügliches Mittel, um seine politische Herrschaft über Europa, die durch die Gewaltverträge eingeleitet worden war, ideologisch zu verbrämen. Briand suchte außerdem in den Jahren, da die Macht Frankreichs auf dem Höhepunkt stand, England durch die jüdisch-patriistische Paneuropa-Idee, die einen Zusammenschluß der europäischen Staaten ohne England und Rußland vorsah, in Genf zu überspielen und den gesamten Apparat des „Völkerbundes“ zu diesem Zwecke auszunutzen. Später beging sich Frankreich damit, durch den „Völkerbund“ seine Bündnisse mit den Oststaaten, besonders mit der „Kleinen Entente“, noch stärker zu verankern. Beneš, der Vertreter der Tschechoslowakei, wurde als Leiter der französischen Ostpolitik zu diesem Zwecke in Genf stark nach vorne geschoben. Den Engländern bot die „Ligue“ eine einzigartige Gelegenheit, ihre verschiedenen, einander oft widersprechenden Interessen in allen Erdteilen von einer gemeinsamen Stelle aus behandeln und leiten zu können. Die englische Politik konnte nun immer, wenn es sich auch bloß um rein englische Angelegenheiten handelte, die Genfer Liga vordrücken und dadurch selbst im Hintergrund bleiben. Auf die Dauer war London stärker an der Erhaltung des Völkerbundes interessiert als Frankreich. Freilich, je kräftiger England die Liga für seine eigenen Zwecke ausnützte, desto früher war das Spiel in Genf zu Ende. Der schließlich ausgebrochene Sanktionskrieg gegen Italien, in dem England die einzelnen, vielfach ganz unumrissen und unklar definierten „Verpflichtungen“ des „Völkerbundes“ zu seinen eigenen, harten Machtpolitik nutzte und sich an der Wirtschaftsschließung gegen Italien zu beteiligen, hat die Genfer Einrichtung hart an den Abgrund gebracht. Italien stellte sich abseits. Der „Völkerbund“ wäre noch stärker abgelebt, wenn ihm nicht Moskau inzwischen eine neue Aufgabe und ein neues Gesicht gegeben hätte.

Die Genfer Filiale der „Komintern“

Frankreich und England hatten den „Völkerbund“ für ihre eigenen nationalen Ziele mißbraucht und waren dabei schließlich mit dem Sinn und Zweck einer überstaatlichen Einrichtung in Widerspruch geraten. Moskau dachte nicht daran, diesen Fehler zu wiederholen und in Genf nur die politischen Interessen Sowjetrußlands zu verteidigen. Es war vielmehr entschlossen, den überstaatlichen Charakter des „Völkerbundes“ zu wahren und noch zu verstärken, indem es ihn restlos für die Durchführung seiner weltrevolutionären Pläne auszunutzen begann. Gegenüber einem arglosen, ewig jugendlichen und unentschlossenen England, das sich auf seiner Insel vor kommunistischer „Infektion“ sicher wußte, und einem Frankreich, das selbst immer stärker in kommunistische Hände geriet, vermochte sich Moskau in Genf leicht durchzusetzen. Geschickt nutzte es die Niederlage der englischen Sanktionspolitik aus, um seine eigene Stellung zu verstärken. Immer mehr geriet der „Völkerbund“ unter den Einfluß jüdisch-marxistischer Politiker, hinter denen die „Komintern“ stand. Wo Moskau von Genf aus deutsche Interessen schädigen konnte, griff es zu. In der Saar kam es zu spät. Doch mit Danzig hoffte es, das Deutsche Reich und Polen zu entzweien. Im Memelgebiet bestärkte es Litauen in seiner deutschfeindlichen Haltung. Es unterstützte die brutale Machtpolitik der Tschechen gegen die Sudetendeutschen und ging sogar so weit, dem deutschen Österreich eine Garantie für seine Unabhängigkeit anzubieten, während es gleichzeitig alles tat, um dieses Land kommunistisch zu unterwerfen. Neben dieser beständigen Verunruhigung aller deutschen Grenzgebiete, die dem Einfluß des „Völkerbundes“ zugänglich sind, ging die sowjetrussische Außenpolitik in Genf daran, planmäßig ihr Unternehmen in Spanien vorzubereiten und die Unklarheit der „Komintern“ im Inneren durch die entsprechenden außenpolitischen Maßnahmen zu decken und zu unterstützen. In ähnlicher Weise versucht Moskau, die verschiedenen, noch „demokratischen“ Mitgliedsstaaten von zwei Seiten her anzugreifen und für die Politik der „Volksfront“ sturmreif zu machen. Damit wird der „Völkerbund“, der bisher ein Machtmittel der Siegerstaaten war, ein Aktionszentrum der bolschewistischen Weltrevolution. Das Deutsche Reich hat Genf rechtzeitig verlassen und damit die Freiheit seines Handelns zurückgewonnen. Es setzt der zerstörenden, auflösenden weltrevolutionären Politik der Sowjets im „Völkerbund“ seine aufbauende, friedensschaffende Politik der europäischen Zusammenarbeit entgegen. Ein Staat hat schlechtere Grenzen, kein Volk hat rings um seinen Raum so viel offene, ungeklärte Fragen. Trotzdem hat der Führer der Welt den Weg gezeigt, der zu einem dauerhaften Frieden und zu einem wirklichen Bund freier, gleichberechtigter Völker führen kann.



oben
 Deutsche Schulen in
 Steiermark 1935

strahlender
 Lichtum
 abstoßende
 rmut -

im das Kind
 der
 Volkstums-
 mpf geführt

dahinstehend
 Bibliothek
 des Klosters Melk

Aufn.:
 Schönnigg (2), Schall (1)





Wien im 17. Jahrh.
Kupferstich von Merian



Fluss (Donau) mit dem
Benediktinerkloster
Ein Schweizer Bild aus dem 18. Jh.



Das Parlament
in Wien

„Der nationale Selbst-
erhaltungstrieb ließ mich
schon damals . . . eine
Volksvertretung wollen,
in der das Deutsche
tum immer stark vertreten
werden würde.“
Der Führer „Mein Kampf“
Seite 82

Quelle: D. Schindler

Das deutsche Volk

Alfred Rosenberg:

„Protestantische Kompilger“

228 Seiten, brosch., Preis: 0,70 RM. Hebenrieder-Verlag, München, 1937

Das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit hat ein Recht, von der protestantischen Kirche Rechenschaft zu fordern über die Verwaltung seiner Frömmigkeitswerte und seiner Sachwerte, deren Gut und Pflege es dereinst in ebenso bewusster wie eindeutiger Protestanlage an Rom und an die päpstliche Internationale dem „Erzfeind“ Dr. Martin Luther anvertraut hat, in der Hoffnung auf die Schaffung einer wahren Volkskirche. Rosenberg weist an einer Fülle von Zitaten aus protestantischen Streifschriften nach, daß Luthers germanischer Charakterprotest gegen die Überwindung durch eine fremde Besitzmacht der protestantischen Kirche nichts mehr bedeutet, daß sie sich vielmehr anschaut, doch ein heimisches Bundesverhältnis mit dem Jesuitismus und das Werk Martin Luthers zu vernichten. Nicht irgendwelche Außenfeinde, sondern maßgebende und amtlische Stellen der protestantischen Kirche betrogen sich heute in einer systematischen Sündensprechung der deutschen Geschichte und ihrer Großen und wagen es allen Erasmos, den Glanzen an die bestimmenden Hochmeister unseres Daseins, an Blut, Masse, Wohltat und Ehre als wesenfremde, vollstetigende Sittlichkeit zu bezeichnen. Alfred Rosenberg stellt dieser internationalistischen dogmatischen Minderwertigkeitsverklärung des deutschen Volkes vor aller Welt den 19. November entgegen, daß „das deutsche Volk nicht erblüht, sondern erbaut ist.“

Es muß traunig bestellt sein um eine Lehre, welche die Menschen erst zerbrechen und ihnen das natürliche Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen nehmen muß, „um dann einer großen Armee zerbrochener Existenzen die geprüfene „Wahrheit“ zu predigen.“

Aufgabe der Schrift ist es, gesunde Abwehrinstinkte gegen diese Zerlegungsversuche zu wecken. Trotz aller gebotenen Schärfe ist die neue Kampfschrift Seite für Seite von der Überzeugung durchdrungen, daß die Verantwortung bestimmt, die Alfred Rosenberg als Herausgeber für eine wirkliche Behandlung solcher Fragen fordert. Die nationalsozialistische Bucherei ist um ein neues Werk des mit dem Nationalpreis ausgezeichneten Nationalsozialisten Alfred Rosenberg wesentlich bereichert worden.

Karl Richard Gauer:

„9. November 1923“

72 Seiten Preis karton. 0,50 RM.

Verlag Albert Langen / Georg Müller, München, 1930

Partikularistische Bestrebungen in Bayern, — der Gehalt einer Donaumonarchie unter dem Protektorat Frankreichs und — der Reichswehrmacht, — bayerische Truppen ihres Eides auf das Reich entbunden, — im Hintergrund der politische Katholizismus, der auf den Zerfall des Reiches lauert. —

Dieses Buch einer mit Riesenschritten im Jahre 1923 heranrückenden Gefahr zeichnet und das kleine, sehr inhaltreiche Buch von Gauer mit größter Einbrunnlichkeit und Klarheit, dann aber zeigt es auf, wie das Führer-Kraft das drohende Verhängnis bewang — durch die entscheidende Tat des 9. November 1923.

Das Buch, das nur 50 Pf. kostet, gehört in die Hausbibliothek jedes Nationalsozialisten und in das Medner-Materialien, bereit, die am 9. November zu sprechen haben.

Walter Fler:

„Gesammelte Werke“

Mit einem Vorwort von seinem Bruder Dr. Konrad Fler. Vierte, erweiterte Auflage. Zwei Bände mit rund 1500 Seiten. Preis: geb. 12 — RM.; in Leinen geb. 15, — RM.; in Halbleder handgeb. 28, — RM.

„Briefe“

7 Bände, 333 Seiten mit 8 Bildern. Preis: geb. 5, — RM.; in Leinen geb. 6,50 RM.; in Halbleder handgeb. 12, — RM.

Verlag: C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München.

Dr. Konrad Fler.

„Walter Fler. Ein Lebensbild“

152 Seiten mit 7 Bildtafeln, geb. 3, — RM.

Verlag: C. H. Beck-Verlag, Stuttgart.

Walter Fler, der Erbe einer deutschen Volksgemeinschaft, ist „der Sprecher der deutschen Kriegsjugend, die das wichtige Bindeglied zwischen dem alten und dem neuen Reich darstellt“. Sein dichterisches Werk ist eins der bestechendsten und wertvollsten zeitlichen Vermächtnisse des Weltkrieges. In einem seiner Briefe sagt er darüber: „Was ich von der weiterlebenden Sendung des Deutschen abtrennen habe, hat nichts mit nationalem Egoismus zu tun, sondern ist ein ständiger Glaube, der sich selbst im Heldentode verwirklichen kann.“

Die von den beiden Verlagen herausgegebenen Werke sind eine wertvolle Gabe zum 20. Todestage Walter Fler' am 15. Oktober.

Dr. Adolf Dregler:

„Das Braune Haus“

Das Verwaltungsgebäude der Reichsleitung der NSDAP. in München.

Zweite vermehrte und verbesserte Auflage mit zahlreichen Bildern der obersten Parteigebäude.

Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München-Berlin, 1937. 32 Seiten; Preis kart. 0,90 RM.

Eine Geschichte der Gebäude der Bewegung von der ersten Heldentat im Sternederbräu bis zu den gewaltigen Verwaltungsgebäuden, die durch den Gestaltungswillen des Führers dem architektonischen Bild der Hauptstadt der Bewegung neue Züge verliehen haben.

Karl Heinz Hedertsch:

„Die Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums, ihre Aufgabe und ihre Stellung in Partei und Staat“

Verlag Hermann Hirt, Weisla, Preis geb. 0,40 RM. 10 Seiten

Der Parteiamtlichen Prüfungskommission fällt die Aufgabe zu, das nationalsozialistische Schrifttum vor Verfälschung, Mißbrauch und dem Verfall der Zerlegung zu schützen. Was gehört zum nationalsozialistischen Schrifttum? In welcher Weise und nach welchen Gesichtspunkten erfolgt die Wertung und Sichtung? Da keine Proklama beantwortet auf engen Raum kurz und klar alle wesentlichen Fragen, die hier zu stellen wären.

Zu unserm Aufsat:

„Volkstum gegen Habsburg“

Wir verweisen auf das im Schulungsbrief (Sonder-) Folge 5, Mai 1931, besprochene Buch von E. v. Rudolf „Georg Ritter von Schönerer. — Der Vater des politischen Antisemitismus“, das im Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, erschienen ist.

Richard Euckenwirth:

„Das Tausendjährige Österreich“

294 Seiten, 16 Bildtafeln, 2 Karten. Preis geb. 6,50 RM. Verlag J. Bradmann, München, 1936

Das neue Werk Euckenwirths dient vor allem dazu, Verständnis für den österreichischen Volksstamm im Sinne „Zurückgang auf Seite 41.“

© Universitätsbibliothek Freiburg

